Angehörigen Info

C 10190 16.4.1999 Preis: 3,00 DM 219

Herausgegeben von Angehörigen, Freunden und Freundinnen politischer Gefangener in der BRD

Pressemitteilung und vorläufige Bilanz des Berliner Büros der internationalen Arbeitskonferenz:

„Befriedung oder Befreiung?“

Perspektiven internationaler Solidarität für die Freiheit der politischen Gefangenen 1.-5.4.99 in Berlin



Knastkundgebung Köln-Ossendorf, 18. 3.

- **Massenhafte internationale Beteiligung und erfolgreicher Abschluß der Internationalen Konferenz der Solidarität mit politischen Gefangenen**
- **Breiter Konsens über die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit**
- **Konkrete Initiative zum Aufbau eines Solidaritätsnetzwerkes gestartet**

Vom 1. bis zum 5. April diskutierten in Berlin 350 Menschen aus 26 Ländern über verschiedene Aspekte politischer Verfolgung und Gefangenschaft sowie Möglichkeiten der internationalen Koordination und Solidarität. Angehörigengruppen von Verschwundenen und Gefangenen, Solidaritätskomitees und ehemalige politische Gefangene, Anwältinnen- und Menschenrechtsorganisationen, Basis- und Befreiungsbewegungen: Insgesamt 97 Gruppierungen nahmen an der Berliner Konferenz teil. Die Hälfte der Teilnehmenden kam aus Deutschland, darunter waren auch zahlreiche Flüchtlings- und Exilorganisationen.

Zur Konferenz eingeladen hatte ein internationales Vorbereitungskomitee, bestehend aus den Solidaritätsorganisationen für politische Gefangene aus Palästina (ADDAMEER) und den Gestoras pro Amnistia aus dem Baskenland, dem italienischen Coordinamente Mumia Abu-Jamal, dem Verein der Juristen aus Kurdistan (YHK) und der Initiative Libertad! aus Deutschland.

„Befriedung oder Befreiung?“ - Welche Auswirkungen haben Friedens- und Demokratisierungsprozesse, Niederlagen und Befriedungsprozesse auf die Solidarität mit politische Verfolgten und Gefangenen? Und: „Perspektiven internationaler Solidarität für die politischen Gefangenen“ - an welche Erfahrungen kann eine internationale Solidaritätsbewegung heute anknüpfen; was sind die Grundlagen zukünftiger Zusammenarbeit, und wie kann diese aussehen? Neben dem Austausch sollte diese bereits im Konferenztitel programmatisch gefaßten Fragen die Schwerpunkte der Diskussion bilden.

Die Konferenz war als Arbeitstreffen geplant. Das anspruchsvolle Konzept der VeranstalterInnen versuchte, im wesentlichen ohne Podium und Publikum auszukommen. In sechs Arbeitsgruppen sowie Plena wurde sich entsprechend um einen gleichberechtigten und ergebnisorientierten Diskussionsprozeß bemüht. Nach den praktischen Schwerpunkten der TeilnehmerInnen thematisch gegliedert, waren die Arbeitsgruppen in Zusammensetzung und Verlauf verschieden: So trafen sich in einem Raum knapp dreißig Angehörige von Gefangenen und Verschwundenen, während nebenan fünfzig AktivistInnen von Solidaritätsorganisationen aus 16 Ländern diskutierten.

Neben den Arbeitsgruppen und Plena fand auch eine Großveranstaltung mit 600 TeilnehmerInnen unter dem Motto: „Ohne Gerechtigkeit kein Frieden“ in der Humboldt-Universität statt. Es begann mit einer Schweigeminute für einen im Hungerstreik der kurdischen und türkischen politischen Gefangenen gefallenen Genossen. Im Anschluß sprachen ein Mitglied des deutschen Vorbereitungskomitees (Rede in dieser Ausgabe dokumentiert - Red.), ein Vertreter der palästinensischen Linken sowie Führungsmitglieder der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens FARC-EP und der baskischen Partei Herri Batasuna. Inhalt dieses Abends war, den teilnehmenden Solidaritätsorganisationen sowie den im Publikum anwesenden AktivistInnen der Berliner Linken die Bedeutung der politischen Gefangenen und Verfolgten aus der Sicht von an Demokratisierungs- und Friedensprozessen beteiligten politischen Organisationen darzulegen. Aufgrund der Länge einzelner und des Gesamtumfangs der Beiträge war es allerdings nicht möglich, über die angesprochenen Fragen in eine tatsächliche Diskussion zu treten. Die Veranstaltung erreichte - gemessen am Konzept der OrganisatorInnen und den Erwartungen der TeilnehmerInnen - deshalb nur bedingt ihr Ziel.

Ergebnisse und Aussichten

Ziel des Berliner Treffens war, nach drei Tagen der Diskussion konkrete Vorschläge und Beschlüsse für eine länderübergreifende Zusammenarbeit zu entwickeln. Erreicht wurde neben einer massenhaften Beteiligung ein Austausch und eine breite Verständigung über notwendige zukünftige Schritte, damit die von allen nachdrücklich begrüßte Koordination internationaler Solidarität materielle Gestalt annehmen kann.

Größeren Raum als von den Veranstaltern erwartet nahm das Informieren über die Lage im eigenen Land ein: Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren mit dem verständlichen Wunsch angereist, den Organisationen aus anderen Ländern ihre jeweils spezifische Widerstandsrealität zu vermitteln. Hinzu kamen Unterschiede in der politischen Diskussionskultur und den jeweiligen Ausgangsvoraussetzungen.

Auf dem Abschlußplenum wurde als gemeinsame Ergebnis festgehalten:

Ein permanentes Internationales Komitee mit festem Sitz soll gegründet werden, das als

erste Schritte

1. Informationen sammelt, strukturiert und in Form einer Zeitschrift, einer Homepage sowie Rundbriefen international veröffentlicht.

2. ein Kommunikationsnetz aufbaut, um auf die Bedrohung einzelner Gefangener oder kollektive international schnell reagieren zu können,

3. die Ergebnisse dieser Konferenz auswertet und die praktischen Vorschläge prüft:

- *die Festlegung und Durchführung eines internationalen Kampftages (oder einer Aktionswoche) gegen Repression und für die Freiheit der politischen Gefangenen*
- *Initiativen für internationale Kampagnen beispielsweise für den Schutz von gefangenen Frauen vor sexualisierter Folter.*

Auf Aufforderung der Teilnehmenden übernahmen die OrganisatorInnen der Konferenz die Verantwortung dafür, die Initiative im Sinne der Anwesenden weiterzuführen. Von der Frage, welche Komitees und Organisationen eine Koordinierung nicht nur begrüßen, sondern sich auch aktiv an deren Arbeit beteiligen, hängt die zukünftige Entwicklung dieser Initiative ab.

In den folgenden Wochen und Monaten wird da deutsche wie das internationale Vorbereitungskomitee die Arbeit des letzten Jahres auswerten und daraus politische und organisatorische Schlüsse ziehen. Ein erster Stichtag für eine öffentliche Bilanz und Dokumentation ist bereits gesetzt: Rechtzeitig zu den Aktionen gegen die EU und G7-Gipfel in Köln im Sommer diesen Jahres wird eine Sondernummer der Mobilisierungszeitung „So oder So“ mit den Ergebnissen der Konferenz, den Arbeitsgruppenberichten sowie ausgewählten Erklärungen und Stellungnahmen der TeilnehmerInnen herausgegeben (Vorabbestellungen beim Berliner Konferenzbüro).

Gelungener Abschluß in der Ostberliner Volksbühne

Den gelungenen Abschluß fand die Konferenz am Ostermontag im Großen Saal des Ostberliner Theaters Volksbühne. Zunächst resümierten Christian Cruz aus Chile (für die Gefangenenhilfsorganisation ODEP), Holile „Ghost“ Ndindwa aus Südafrika (ehemaliger Gefangener auf der Gefängnisinsel „Robben Island“ und Koordinator des nationales Komitees ehemaliger politischer Gefangener in Südafrika), Kenan Sidar aus der Türkei (Rechtsanwalt und Vorsitzender von TAY-DER, der Hilfsorganisation für politische Gefangene und deren Angehörige) sowie Gabi Hanka aus Deutschland (ehemalige politische Gefangene und Mitglied von Libertad!) den Verlauf und die Ergebnisse der Konferenz. Sie reflektierten die Diskussion der vorangegangenen Tage im Verhältnis zu ihren bisherigen Erfahrungen internationaler Solidarität und der Frage, was eine verstärkte Zusammenarbeit für ihre Kämpfe und Bewegungen bedeuten kann.

Unter großem Beifall wurden Grußbotschaften von politischen Gefangenen und Gefangenenkollektiven aus neun Ländern verlesen. Unter anderem die Kollektive der baskischen, chilenischen und türkischen politischen Gefangenen sowie der in den USA zum Tode verurteilte Mumia Abu-Jamal hatten Briefe an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie ihre inhaftierten Genossinnen und Genossen in aller Welt geschickt. Ein scharfes Bild der tödlichen Lebensbedingungen der politischen Gefangenen war die telefonische Botschaft der MRTA-Gefangenen direkt aus einem Kerker der peruanischen Diktatur.

Im Anschluß betonte Abdulrahman Cadirci, der Europasprecher der in Deutschland verbotenen Nationalen Befreiungsfront Kurdistans ERNK, in einer Grußbotschaft den internationalistischen Charakter der PKK und ihre Solidarität mit den gefangenen Kämpferinnen und Kämpfern aus den weltweiten Widerstandsprozessen. Eine baskische Vertreterin des Vorbereitungskomitees verlas das Abschlußkommuniqué des internationalen Vorbereitungskomitees, in dem die Konferenz als positiver erster Schritt bewertet und praktische Solidaritätsinitiativen angekündigt wurden.

Eingerahmt wurde der Abend von der kurdischen Musikgruppe Koma Ronahi und der Hamburger Gruppe Coincidence mit ihrer Sängerin Esther Bejarano. Die als Mädchen in Auschwitz inhaftierte Jüdin sprach die eigentliche Abschlußrede. Sie, selbst keine politische Gefangene, würdigte den Kampf der Kommunistinnen und Kommunisten in den Konzentrationslagern und stellte die Verbindung her zum Widerstand der gefangenen Kämpferinnen und Kämpfer heute. Die internationale Konferenz für die Freiheit der politischen Gefangenen endete mit den Zeilen eines Partisanenliedes: „mir leben ewig - mir zeynen do!“

Hans Peter Kartenberg, Konferenzbüro, Pressestelle

Abschlußerklärung

für das internationale Vorbereitungskomitee:

„Allen Organisationen und Menschen, die an dieser Konferenz teilgenommen haben, sprechen wir unseren Dank und unsere Anerkennung aus. Das ist keine bloße Rhetorik, denn diese Konferenz war durchaus kein isoliertes Ereignis, und endete auch nicht in einer reinen, wohlmöglich sogar gutgemeinten Absichtserklärung, sondern sie ist einen Schritt darüber hinausgegangen: nämlich die Notwendigkeit einer permanenten internationalen Struktur gegen die Repression und für die Freiheit der politischen Gefangenen und der Kriegsgefangenen, Frauen und Männer, überall auf der Welt, festzustellen.

Wir sind uns einig geworden, sofort damit anzufangen, dies in Initiativen zur Aufdeckung, Anklage und Mobilisierung durchzusetzen.

Die politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen, Frauen und Männer, sind Beispiel und Ausdruck von Durchhaltevermögen und Kampf um soziale Gerechtigkeit und Freiheit - und obwohl sie Opfer der blutigsten Repression sind, sind sie dennoch aktive Subjekte im Kampf um Befreiung. Wir haben begriffen, daß die Solidarität mit ihnen ein wesentlicher Bestandteil des Kampfes gegen die politische Repression ist, gegen Straffreiheit von Folterern oder gegen die spezifische Repression, die gegen Frauen verübt wird, gegen Folter und gegen das „Verschwindenlassen“.

Liste der Organisationen und Gruppierungen, die teilgenommen haben:
aus Guatemala: ehemalige Guerilla-Kämpferinnen der URNG sowie die Flüchtlingsorganisation ARDIGUA und Mam Maquin; aus Frankreich: Ex-Gefangene und Angehörige der Gefangenen von Action Directe sowie das Hilfswerk Medicins de Monde; aus Katalonien: ein Anwalt sowie Mitglieder des linksnationalistischen Bünsnisses PUA; Anarchist Black-Cross-Gruppen aus Belgien und Schweden; Ex-Gefangene der uruguayischen MLN-Tupamaros und der nigerianischen Volksbewegung MOSOP; aus Chile: das Solidaritätskomitee ODEP, ehemalige politische Gefangene sowie die exilierten peruanischen Solidaritätsorganisationen ProAndes und Casa Andina; die italienische Koordination gegen Repression und zur Unterstützung von Mumia Abu-Jamal; die Internationale Leninistische Strömung aus Österreich; das Menschenrechtskomitee aus Puerto Roci und das dänische internationale Forum; aus den USA: die International Concerned Friends and Family of Mumia Abu Jamal sowie Ex-Gefangene aus Move und Black Panther Party; aus der Schweiz: das Netzwerk Resistencia; die palästinensische Gefangenensolidaritätsorganistion Addameer; aus Argentinien: die Organistaion der Kinder von Verschwundenen HIJOS sowie die Kommission für die Freiheit der politischen Gefangenen; aus dem Baskenland. Ex-Gefangene, die Angehörigenorganisation Senideak, die Solidaritätsorganisation Gestoras pro Amnistia, die Organisation der Väter und Mütter jugendlicher politischer Gefangener Gurasoak sowie Herri Batasuna; die sahaurische Flüchtlingshilfsorganisation Afapredesa und das irische 32-County-Sovereignity Movement; das Komitee zur Unterstützung der politischen Gefangenen und Verschwundenen aus Guerrero - Mexiko; aus der Türkei und Kurdistan: die IHD-Menschenrechtsvereine, das Rechtsbüro des Volkes, der Angehörigenverein TAY-DER, die islamische Menschenrechtsorganisation Mazlum-Der, das Projekt zur Unterstützung von in Polizeihaft vergewaltigter Frauen und die Rechtsstiftung TOHAV; das südafrikanische Ex-political prisoners committee; aus Kolumbien: die Kommunistische Partei, das Nationale Menschenrechtskomitee, die Guerillaorganisation FARC-EP, Angehörige von Gefangenen aus der Erdölarbeitergewerkschaft USO, Ex-Gefangene, Anwaltskollektiv José Alvear Restrepo sowie die Studentische Menschenrechtskoordination; ein Ex-Gefangener aus Kamerun.

Aus Deutschland nahmen VertreterInnen von 53 Initiativen teil:
u.a. mehrere internationalistische Gefangenensolidaritätskomitees; Mitglieder des Internationa-

Wenn transnationale Konzerne und Banken zusammen mit den imperialistischen Institutionen beabsichtigen, sowohl im Norden wie im Süden ein Modell der politischen und sozialen Entwicklung festzulegen, das die Menschen zur Armut verurteilt und immer größere soziale Schichten ausgrenzt; wenn man den Völkern ihre Rechte und ihre Identität aberkennt, und zwar bis hin zum Völkermord; wenn Übergangsprozesse zur Demokratie und Befriedungsprozesse die Absicht haben, die Ursachen von sozialen Konflikten zu verdecken; wenn die Verteidigung der Menschenrechte und sogar des Friedens zum Argument für Krieg und Aggression wird,

dann erscheint uns die internationale Perspektive lebensnotwendig.

Genauso lebensnotwendig ist die Kommunikation - etwas, was sich für uns auf dieser Konferenz bestätigt hat - aber sie muß vertieft und organisiert werden als fundamentaler Stützpfeiler für ein wirkungsvolles Handeln. Das heißt: Solidarität als Waffe, und die Solidarität gegen die Repression und mit den politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen als besonders scharfe Waffe.

Im Kampf um die Verteidigung der Menschenwürde und der Menschenrechte

- die nämlich nicht ein Ergebnis der großen internationalen Institutionen sind, sondern das Resultat von Anstrengungen, Kämpfen und die Aufopferung ganzer Generationen, zur Verteidigung dieser Menschenrechte in ihrer Ganzheit, den Völkern und den Menschen gegenüber,

- und im Kampf um die Freiheit der Tausende Männer und Frauen, die tagtäglich alles für eine wirklich menschliche Welt geben,

in diesem Kampf wenden wir uns an die demokratischen und fortschrittlichen Basisorganisationen, um diesen langen, aber sicher sehr fruchtbaren Weg gemeinsam zu gehen.

Berlin, den 5.4.1999

---

len Menschenrechtsvereins, von The Voice Africa Forum und des Bündnisses Kein Mensch ist illegal; der Berliner Ermittlungsausschuß und verschiedene Mumia Abu-Jamal-Solidaritätsgruppen; die Berliner lateinamerikanische Solidaritätsorganisation Simon Bolivar und die Unterstützungsplattform der Samstagsmütter aus der Türkei; die Rote Hilfe; die peruanische Exilinitiative Voz Rebelde und der Verein der Juristen aus Kurdistan; Antifagruppen aus Nürnberg und Bielefeld; Irland-, Guatemala- und Chile-Solidaritätskomitees; die Initiative Libertad! fünf verschiedene Medieninitiativen; Ex-Gefangene aus der RAF, der Bewegung 2. Juni und dem antiimperialistischen Widerstand sowie Angehörige und FreundInnen von politischen Gefangenen; eine feministische Gruppe aus Berlin; ehemalige politische Gefangene sowie Komitees zur Verteidigung der politischen Gefangenen im Iran; die Informationsstelle Kurdistan sowie weitere Kurdistan-Solidaritätsgruppen; mehrere Infoläden und -büros, revolutionäre und linke Gruppen; die Internationale Untersuchungskommission zur Aufklärung der Todesumstände von Andrea Wolf und der Rechtshilfeverein Azadi.

Zahlreiche Gefangenenkollektive und politische Gefangene sandten Grußbotschaften:
die Demokratische Kampfplattform der Gefangenen aus der Türkei, das Kollektiv der baskischen politischen Gefangenen, die Gefangenen aus den Cellules Communistes Combattantes (CCC) aus Belgien, das italienische Gefangenenkollektiv Wotta Sitta sowie der militante kommunistische Gefangene Paolo Dorgo, die Gefangenen von Action Directe (AD) aus Frankreich, Gefangene aus der MRTA in Peru, die chilenischen politischen Gefangenen, die argentinischen „La Tablada"-Gefangenen sowie der afroamerikanische Gefangene Mumia Abu-Jamal

Politische Organisationen und Solidaritätskomitees, die selbst nicht teilnehmen konnten, schickten Unterstützungserklärungen:
das Koordinationskomitee der Workers Left Unity aus dem Iran, das Treffen skandinavischer autonomer Gruppen in Jönköping/Schweden, Resistance Offensive aus Paris/Frankreich. Der Friedensarbeitskreis Wiesloch/BRD, die Kommunistische Aktionspartei - Auslandssektion Syrien, das Peru-Solidaritätskomitee München/BRD, das Comité pro libertad de los presos politicos de Queretaro/Mexiko, der Internationale Menschenrechtsverein Bremen/BRD, die MLN-Tupamaros Uruguay, das Cruz Negra Anarquista aus Barcelona/Katalonien und die Associazione Solidarieta Proletaria aus Napoli/Italien

---

Redebeitrag auf der 1. öffentlichen Veranstaltung

„Ohne Gerechtigkeit kein Frieden"

Eine Frage, die uns in der Vergangenheit von deutscher Seite gestellt wurde, war, warum wir ausgerechnet zum „Thema Gefangene" eine Konferenz machen. Das ist im Grunde ganz einfach: Gefangenschaft ist für uns kein Thema, sondern Gefangenschaft liegt hinter uns oder vor uns. Alle, die kämpfen, sind mit Repression konfrontiert. Gleich, ob im Kampf gegen Rassismus und Faschismus, um soziale Gerechtigkeit, gegen Menschenrechtsverletzungen, um Selbstbestimmung. Knast, Folter und Verschwindenlassen gehören weltweit zu den Ausgangsbedingungen emanzipatorischer Kämpfe dazu. Wir wollen aus unseren Bedingungen, aus unseren Kämpfen die Beziehung zu anderen herstellen, an Fragen der Freiheit politischer Gefangener, der Menschenrechte, gegen Folter, Verschwindenlassen und staatliche Repression politische Einheit und gemeinsames Handeln entwickeln.



Viele von uns haben eine lange Widerstandsgeschichte, in der Solidarität immer als wechselseitiges Verhältnis angelegt war. Wir werden in diesen Tagen weder am grünen Tisch sitzen, um über richtige oder falsche Strategien zu debattieren, noch werden wir uns als radikale Linke die Rolle eines passiven Publikums zuweisen lassen. Es geht für uns und andere darum, sich von den eigenen Bedingungen ausgehend in die Diskussionen einzubringen, zu den Erfahrungen und Vorstellungen emanzipatorischer Politik beizutragen.

Internationalismus hat für uns als radikale Linke in den Metropolen eine besondere Bedeutung. Ohne internationalistischen Standpunkt ist hier langfristig keine emanzipatorische Politik möglich. Zu vielfältig, zu normalisiert sind die Möglichkeiten der Teilhabe an den Raubzügen unserer Staaten. „Lösungen" im nationalen Rahmen sind hier allemal möglich.

Das heißt für uns aber nicht, daß wir die Ablehnung einer Politik im nationalen Rahmen auf die weltweiten Bewegungen übertragen, wie dies Teile der deutschen Linken, der sogenannten Antinationalen, tun. Unsere Solidarität gilt allen Unterdrückten, und wir machen sie nicht davon abhängig, ob ihr Kampf unserem Gusto entspricht.

Sich aus einer scheinbar gesicherten Metropolensituation von nationalen Befreiungskämpfen zu distanzieren, bequem zurückgelehnt in den Sessel westlicher Privilegien und den Früchten 500jährigen Kolonialismus, das ist in seiner Konsequenz nationalistisch. Es ist befangen in der Identifikation mit der eigenen Nationalität. Uns interessiert die Dynamik, die emanzipatorischen Aspekte, die Befreiung von Abhängigkeit und Unterwerfung. Die Solidarität mit denen, die Widerstand leisten, ist unteilbar.

Uns wurde auch die Frage gestellt, was der Titel „Befriedung oder Befreiung" mit der Situation in Deutschland zu tun hat.

Am 24. März begann die NATO mit ihren Angriffen auf die Bundesrepublik Jugoslawien. Die erste Bombardierung Belgrads durch deutsches Militär begann am 6. April 1941. 58 Jahre später sind wieder deutsche Kampfflugzeuge an vorderster Front mit dabei, die Konstellationen osteuropäischer Staaten zurechtzubomben für die Anbindung an den kapitalistischen Weltmarkt. Von Krieg wollen die einstigen Pazifisten an der Regierung nicht reden, weil sie ihn führen. Sie erzählen

uns von der Wiederherstellung der Menschlichkeit und treffen angesichts der Abwesenheit linker Perspektiven auf Verunsicherung bis Zustimmung. Das ist Befriedung in Deutschland.

Deutschland weiß, wie man im eigenen Land Ruhe schafft und wie man andere Länder erobert. Von der Finanzierung der Counterbanden Renamo und Unita, um unabhängige Volkswirtschaft in Afrika zu zerschlagen, bis zur Erstellung militärischer Infrastruktur für die philippinische Armee unter dem Deckmantel wirtschaftlicher Hilfe - in der Staatskasse gab es dafür auch immer genug Geld. Im Gefolge der zermürbenden Counterkriege waren deutsche Unternehmen mit die ersten, die ihren Fuß in die Tür der jungen Nationalstaaten stellten, um sie mit ihrem Kapital zu durchdringen. Deutsche Gewerkschaften, die der südafrikanischen Wirtschaft Unterricht erteilten in Sachen Sozialpartnerschaft, um die Arbeiterbewegung zu spalten, erwuchsen genauso aus den Erfahrungen deutscher Konterrevolution wie die Ausbildung von Killertruppen faschistischer Staaten durch die GSG9. Und der Beratervertrag des ehemaligen Verfassungsschutzchefs Horchem mit der spanischen Regierung zur Bekämpfung der baskischen Unabhängigkeitsbewegung markiert deutsche Geheimdienste als Topadressen. Wo immer die Gefahr drohte, daß Militärregimes durch revolutionäre Bewegungen abgelöst werden, konnte von hier aus das Konzept der antikommunistisch geprägten Demokratie als Alternative exportiert werden. Der deutsche Staat hat innerhalb Europas das größte wirtschaftliche Potential für eine internationale Politik mit Zuckerbrot und Peitsche. Nach der Zerschlagung der antagonistischen Kräfte spielt er den moderaten Vermittler. Wie in dem von Deutschland initiierten europäisch-arabischen Dialog zur Isolierung der antiimperialistischen Kräfte in der Region, der mit lohnenden Investitionen unterfüttert wurde. Ergebnis des geschickten Agierens deutscher Politik war und ist es, daß die Vermittlerrolle - bevorzugt durch Sozialdemokraten - auf allen Kontinenten Akzeptanz findet. Der im Sold deutscher Konzerne stehende Geheimagent Mauss kann gar als Vermittler auf seiten der ELN für Friedensverhandlungen mit der kolumbianischen Regierung auftreten.

In bezug auf den kurdischen Befreiungskampf läßt sich die deutsche Regierung nicht von kleineren Widersprüchen in der politischen Landschaft stören. Es gibt durchaus kritische Stimmen an der Türkei-Politik, aus linksliberalen und sozialdemokratischen Kreisen. Aber sie sind letztlich nur Begleitmusik. Die Waffenlieferungen, die finanzielle und politische Unterstützung für die türkischen Militärs, die Kriminalisierung der kurdischen Bewegung in Deutschland verfolgen nur einen Zweck: Ziele und Inhalte des Befreiungskampfes zurechtstutzen, um für imperialistische Politik verhandelbar zu sein. Deshalb sitzen hier Hunderte kurdische politische Gefangene in deutschen Knästen.

Auch wenn die Linke hier aus eigenen Erfahrungen um Wesen und Inhalt deutscher Innen- und Außenpolitik weiß, eine relevante Antwort darauf hatte und hat sie nicht.

Befriedung oder Befreiung - die Brisanz und Aktualität dieses Widerspruchs wurde in den vergangenen Jahrzehnten in den Metropolen nur von einer Minderheit innerhalb der Linken wirklich begriffen. Bei den beiden wesentlichen Aspekten von Befriedung - Repression und Integration - hat und hatte in den Metropolen die Seite der Integration stets ein Übergewicht. Hier ist das Geld vorhanden, die Menschen mit der Ideologie des Konsum zu fesseln, soziale Kreativität im Warenfetischismus zu ersticken. Das war immer Ausgangsbedingung linker Politik, und nur selten war sie selbst nicht darin befangen. Die Einkreisung aus Repression und Teilhabe ließ alle linken Bewegungen bis heute scheitern.

Die in den 60er Jahren entstandene Bewegung gegen den Vietnam-Krieg trug das Feuer der Solidarität mit den Befreiungskämpfen im Süden in sich, große Teile konnten jedoch aufgrund differenzierter konterrevolutionärer Maßnahmen wieder integriert werden.

Aber aus dem Aufbruch dieser Bewegung entstanden auch revolutionäre Ansätze. Sie erkämpften sich aus einer internationalistischen Haltung eine Offensivposition, RAF, 2. Juni, Revolutionäre Zellen; und der Schwung der Bewegung wirkte sich auf Anti-AKW-Kämpfe, Bewegungen gegen die NATO und andere aus.

Die staatliche Bekämpfungsstrategie brachte zeitweise das nachfaschistische Demokratiemodell Deutschlands ins Wanken. Revolutionäre Politik erlitt Niederlagen, aber im Zusammenhang vielfältiger radikaler Widerstandsprozesse konnte sie über Jahrzehnte eine eigene Dynamik entfalten. So waren die 80er Jahre geprägt von vielfältigen sozialen und internationalistischen Kämpfen. Die Ideologie der Gewaltfreiheit der Friedensbewegung, ihre politische Orientierung auf den nationalen Rahmen war Operationsbasis sozialdemokratischer und grüner Befriedungspolitik. Sie trug viel zur Spaltung und Entpolitisierung bei.

Die Akzeptanz und Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols war der staatstragenden Linken immer näher als eine politische Auseinandersetzung mit militanten Kämpfen.

Sich ihrer minoritären Position bewußt, hat sich die revolutionäre Linke als Teil der weltweiten Kämpfe um Befreiung verstanden.

Es gelang ihr aber nicht, ein eigenes Kampfprojekt zu entwickeln, in Verbindung zur Rebellion gegen die Metropolennormalität. Zugleich veränderte sich mit der Niederlage der weltweiten Befreiungskämpfe der Bezugsrahmen. Ein nicht unbedeutender Teil der Linken wurde zur staatstragenden Institution. Die einstigen Demonstrierer gegen die Atompolitik verhandeln inzwischen wohlwollend mit den Energiekonzernen und stimmen Bundeswehreinsätzen zur Absicherung von Kapitalinteressen zu.

Befriedung -



Demonstration im Dez. 1968, Berlin

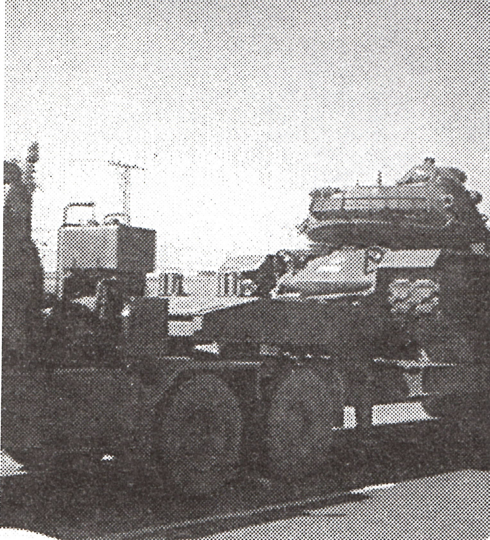


Demonstration in Hamburg, 10.4.99


Demonstration in einem kurdischen Flüchtlingsdorf


Zelle im Hochsicherheitstrakt


Nach einem NATO-Angriff auf Pristina, April 99


Deutsche Panzer in Kurdistan

das ist die Orientierungslosigkeit der Linken angesichts rassistischer und faschistischer Mobilisierungen auf der Straße,
die fehlenden Antwort auf die Abschottung Europas gegen Flüchtlinge,
die Ratlosigkeit gegenüber dem nationalen Konsens.

Zur Befriedung gehört auch, daß quer durch die BRD Tausende Flüchtlinge in Lagern und Abschiebeknästen eingesperrt werden können, daß Aktivistinnen und Aktivisten aus der DHKP-C der Türkei und aus dem tamilischen Befreiungskampf in deutschen Knästen festgehalten werden, daß die Politik der ehemaligen DDR in Vertretung ihrer Staatsangestellten abgeurteilt wird.

Politische Gefangenschaft, Repression, die kämpfe innerhalb und außerhalb der Knäste, das wird ein roter Faden der Diskussionen dieser Tage sein. Die Solidarität mit politischen Gefangenen in Westdeutschland ist geprägt vom Kampf der Gefangenen aus den Guerillagruppen, insbesondere der RAF. Die Unversöhnlichkeit mit dem System auch unter der totalen Defensive des Hochsicherheitsgefängnisses war Grundlage für den Kampf des Gefangenenkollektivs. Für Teile der radikalen und revolutionären Linken ein politischer Bezugsrahmen.

In den zahlreichen Hungerstreiks ging es nicht nur um ein besseres Überleben im Knast, sondern immer um die Verbesserung der kollektiven Kampfbedingungen. Mit dieser Orientierung hatte der Kampf von Anfang der 70er bis Anfang der 90er Jahre große mobilisierende Wirkung auf die Bewegung draußen.

Die enge Verknüpfung des Kampfs der Gefangenen mit den Kämpfen draußen führte allerdings auch dazu, daß mit dem Zerfall der Bewegungen ein Prozeß der Individualisierung unter den Gefangenen einsetzte. Der Versuch der RAF, die Rücknahme bewaffneter Angriffe für die Freilassung der Gefangenen in die Waagschale zu legen, war befangen in dem Widerspruch, daß die Zäsur im bewaffneten Kampf ganz grundsätzlich anstand. An der damit verbundenen Frage des Ob und Wie von Verhandlungen mit dem Staat zerfiel das Gefangenenkollektiv, die RAF erklärte 1998 offiziell ihre Auflösung.

Zur Zeit gibt es noch sieben Gefangene aus der RAF. Eine Neuorientierung der revolutionären Linken außerhalb eines „Dialogs mit dem Staat" blieb aus, es gibt keinen politisch-organisatorischen Rahmen, der in einem konkreten Projekt mit den Gefangenen gemeinsam ihre Freiheit erkämpft. Das Herauskommen wurde zur individuellen Angelegenheit und damit Teil einer politischen Abwicklung der Geschichte revolutionärer Kämpfe.

Eine zu entwickelnde internationale Bewegung für die Freiheit der politischen Gefangenen, gegen Folter, Verschwindenlassen, staatliche Repression wird nicht jenseits gesellschaftlicher Widerstandsprozesse existieren. Dennoch geht es darum, den konjunkturellen Schwankungen nicht zu unterliegen, sich nicht davon treiben zu lassen. Die Organisierung muß konkret angepackt, international politische Handlungsfähigkeit aufgebaut werden.

Eine wesentliche Frage an alle teilnehmenden Organisationen wird die nach ihrer Bereitschaft sein, Kapazitäten für diesen gemeinsamen Kampf langfristig zur Verfügung zu stellen, jenseits ideologischer Unterschiede, jenseits der Frage nach unterschiedlichen konkreten Forderungen.

Für die Freiheit der politischen Gefangenen weltweit!
Ohne Gerechtigkeit kein Frieden!

An alle Solidaritäts- und Angehörigengruppen in (West-)Europa

Guten Tag,
wie Ihr vermutlich bereits wißt, wird im Juni das EU-Gipfeltreffen in Köln stattfinden; hierzu gibt es seit längerem Vorbereitungen für entsprechende Gegenaktivitäten (Gegengipfel, -demonstration etc.)

Wir, die Gruppe für die Freiheit der politischen Gefangenen Köln, bereiten zu diesem Anlaß eine Veranstaltung sowie eine Pressekonferenz zur Situation der politischen Gefangenen in den Ländern der EU vor. Wir fänden es gut, wenn dabei Ex-Gefangene und/oder Angehörige von (Ex-)Gefangenen reden und authentische Informationen vermitteln würden.

Die Veranstaltung wird im Rahmen des Forums „Repression" auf dem Gegengipfel stattfinden.

Wir halten den EU-Gipfel für eine gute Möglichkeit, öffentlich Präsenz zu zeigen (die gesamte europäische und Weltpresse wird anwesend sein) und die Öffentlichkeit mit der Situation der Gefangenen zu konfrontieren.

Vor allem finden wir wichtig, daß sich die Solidaritäts- und Angehörigenbewegungen in Europa stärker aufeinander beziehen und gemeinsame Handlungsebenen finden. Dabei wollen wir uns in diesem Fall bewußt auf die praktische/öffentliche Ebene beschränken, da vom 1. Bis zum 5. April in Berlin die Konferenz „Befriedung oder Befreiung - Perspektiven internationaler Solidarität" stattfand, auf der es bereits um inhaltliche Diskussion ging.

Wir würden uns also sehr freuen, wenn Ihr zum Gipfel über die Situation der politischen Gefangenen in Eurem Land berichten würdet. Eine Frage wäre auch, ob Ihr an der Demonstration am 3. Juni, auf der es einen Block für die Freiheit der politischen Gefangenen geben wird, teilnehmt und evtl. einen Redebeitrag halten könntet.

Antwortet uns also bitte bald - bis spätestens Mitte Mai. Und - bereits am Sonntag, den 18. April, findet in Köln in den Räumen der Sozialistischen Selbsthilfe Köln (SSK), Liebigstr. 25, 50823 Köln, um 12.00 Uhr ein Vorbereitungstreffen statt. Dieses ist in erster Linie gedacht für Gruppen aus der Region; Leute aus anderen Ländern, die gerade in der Gegend sind, sind natürlich auch herzlich eingeladen.

Wir hoffen, wir hören voneinander, bis dann also.

Gruppe für die Freiheit der politischen Gefangenen c/o Infoladen, Ludolf-Camphausen-Str. 36, 50672 Köln, Fax: (02 21) 5 10 27 65

Die Befriedung der Triade umdrehen, Gerechtigkeit durchsetzen !

Die Herrschaft des Kapitals hatte immer die „juristische Illusion" zur Folge. Das Gesetz entstand zusammen mit ihr, indem es „die Enteignung" organisierte. Seine Substanz ist der Schutz des Eigentums und die widerrechtliche Aneignung seines Profits. Im Laufe der Jahrhunderte folgte das Recht der Entwicklung der Besitzverhältnisse, und je komplexer sie wurden, desto mehr kam dem Recht wirkliche politische und ideologische Zentralität zu. Und folglich ist es ganz normal, daß die Globalisierung des Kapitals diesen Kern auf neuer Stufenleiter reproduziert. Der Potentat des Gesetzes dehnt sich überall hinaus und durchdringt den gesellschaftlichen Körper der transnationalen Produktion. Der verallgemeinerte Kapitalismus ist der weltweite Alltag der Menschen, und die Globalisierung des Rechtes markiert die reelle Herrschaftsordnung des Kapitals über die Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse. Es vergeht keine Konferenz und keine Diskussion, ohne daß die Führenden der imperialistischen Mächte und der Transnationalen an Recht, Gesetz und die universellen zivilisatorischen Werte appellieren.

Aber wie sehen die Realitäten der „transnationalen" Justiz hinter dieser allmächtigen Mobilisierungspropaganda nach über 15 Jahren Neoliberalismus aus?

- Was die „Befriedung" nach außen betrifft: Die imperialistischen Mächte verlangen per Ultimatum Gerechtigkeit für die nationalistischen Kosovaren, Kroaten und die nordirakischen Kurden, während sie direkte Komplizen bei der wütenden Repression gegen die Kurden der PKK, die Basken, die Palästinenser und andere nationale Befreiungsbewegungen sind. Und nach dem westlichen „guten Gewissen" ist es auch ganz normal, Krieg zu führen, weil der Irak Kuwait „besetzt". Es ist völlig legal, ein Volk zu bombardieren und auszuhungern, weil die UNO-Resolutionen diese Schandtaten decken. Aber ein paar hundert Kilometer von dort kann Israel ungestraft die Bevölkerung des Südlibanon und ganz Palästinas terrorisieren. Von Timor und der Westsahara ganz zu schweigen ... Wer kümmert sich da um internationale Resolutionen?

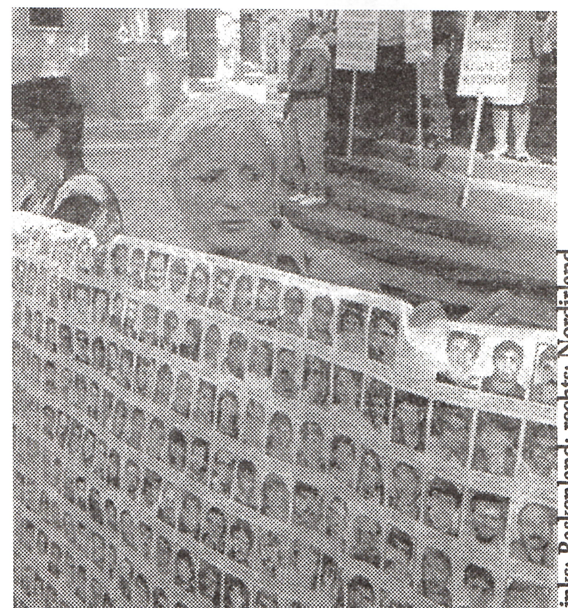
- Was die Repressionen im Innern betrifft, so kann man eine ganze Menge sagen, aber man sollte daran erinnern, daß ein ehemaliger spanischer Innenminister und sein Sicherheitsstaatssekretär jeweils zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt worden sind wegen Beteiligung an der Ermordung von zig baskischen Flüchtlingen, daß sie aber nach nur 105 Tagen Haft begnadigt wurden. Pinochet, angeklagt, der blutige Diktator zu sein, als den man ihn kennt, wird in einem luxuriösen englischen Landhaus festgehalten. Papon, der wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit während der Shoah verurteilt wurde und der angeklagt war, der Verantwortliche für die gewalttätigste polizeiliche Repression gewesen zu sein, die das Land in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts erlebt hat, verlebt ganz ruhige Tage nach nur einer einzigen Nacht im Gefängnis. In Frankreich haben sich Politiker immer selbst amnestiert, wenn es um die Unterschlagung öffentlicher Gelder ging, um fingierte Rechnungen, um Korruption, Gefangene aus der revolutionären Linken und aus nationalen Befreiungsbewegungen hingegen freizulassen, haben sie immer mit der Behauptung abgelehnt, daß es sich bei ihnen um gewöhnliche Kriminelle handeln würde. Wer beruft sich also auf Normalität, Sicherheit und Justiz, die bis zum letzten gehen müssen? Wer benutzt die üblichen Texte und das schöne Geschwätz, die die elendsten Haftbedingungen von Tausenden gefangenen Militanten und die Repressionen gegen die Massen verschleiern?

Wer würde auch nur einen Moment lang zu behaupten wagen, daß das Gesetz, das aus der Ungleichheit des Besitzes hervorgegangen ist, sich nicht in jedem Augenblick sein Feld aussucht, das es eigentlich ordnen sollte, in der Produktion ebenso wie in der Repression von Oppositionellen?

Das Gesetz ist ungleich, aber die Disproportion seiner Ungleichheiten stellte ihre Ordnung nicht zufrieden. Sie müssen auch die Straffreiheit dieser Ungleichheit geltend machen. In Zukunft kommt dem „schmutzigen Krieg" bei inneren Konflikten eine entscheidende Rolle für die „Befriedung" nach Art der Triade zu. Er ist ein Instrument der Konterrevolution. Er expandiert das Gesetz und hört auf, eine



1989/90 Niederlande: Solidarität mit dem Hungerstreik spanischer Gefangener


links: Baskenland; rechts: Nordirland

Anomalie zu sein, indem er zur legalisierten Alltäglichkeit der Ordnung wird.

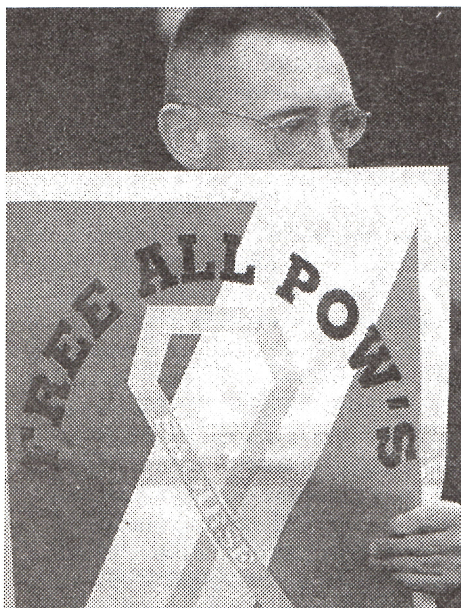
Die Litanei der „Verschwundenen" ist in Istanbul und Bogotá lang. Heutzutage florieren die Politiken der standrechtlichen Exekutionen und des Terrors gegen die armen Bevölkerungen in einem verallgemeinerten Krieg niederer Intensität gegen jede Absicht von Widerstand und Opposition. Alleine die Anwesenheit von „working poor" in den „cleanen" Stadtteilen der Megapole wird als Bedrohung verstanden. In Brasilien haben Todesschwadrone in wenigen Monaten 2800 umherirrende Kinder von den Geschäftsstraßen eliminiert. Auch hier sind standrechtliche Exekutionen kleiner Diebe in den Banlieu-Vierteln unserer Städte, die schamhaft als „Übergriffe" bezeichnet werden, keine Ausnahmen mehr. Sie funktionieren über permanente Kontrollen und Druck gegen die Armen, sobald sie es wagen, ihre Ghettos der Peripherie zu verlassen. Sie manifestieren die polizeiliche Ordnung und die metropolitanen Rahmen sozialer und rassistischer Apartheid. Überall befindet sich ein Teil der Aktivitäten der Repressionskräfte außerhalb des Gesetzes, weil er sich über den Gesetzen abspielt. Überall, egal welche Methode, vorausgesetzt, das Resultat stimmt: die Revolte der Armen zerschlagen, die Hoffnung auf Befreiung unterdrücken und die „Befriedung" der Ausbeutung und des Elends durchsetzen.

Gestern noch war die Sklaverei legal, und alle, die sich an der Befreiung oder der Unterbringung von Flüchtigen beteiligten, wurden ganz legal verurteilt. Historisch betrachtet hat die Reaktion immer diejenigen verfolgt, die darum gekämpft haben, die Ungerechtigkeit des bestehenden Rechtes für eine gerechtere Zukunft umzustürzen.

Zu allen Zeiten war die bourgeoise Justiz das einfache In-Szene-Setzen des Kräfteverhältnisses und im wesentlichen das manipulatorische In-Szene-Setzen des universellen Kräfteverhältnisses zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Mit dem Kapitalismus ist das Gesetz ein Kriegsverhältnis. Heute geht es um die Schlachtordnung der Macht und um das Gewaltmonopol durch die Staaten und die westlichen Koalitionen der Triade (UNO-Sicherheitsrat, NATO, G7, IWF, WTO). Hinter dem internationalen Recht verbergen sich die Brutalität der imperialistischen Verhältnisse, der weltweiten Apartheid und die wachsenden Ungleichheiten. Die Propaganda der „gerechten Sache", der „chirurgischen Schläge" und des Eingreifens verbergen nur schwerlich die wirklichen Interessen, von denen sie geleitet werden. Konflikte entzünden sich nie zufällig, Tausende von Menschen unter Waffen tauchen in einer europäischen Provinz wie dem Kosovo nicht auf, um einfach Jahrtausende alte Rechnungen zu begleichen. Die imperialistischen Mächte destabilisieren zum Preis von unvergleichlichen Massakern ganze Regionen, um zu gegebenem Zeitpunkt mit noch mehr Kräften ihre „Befriedung" zu installieren.

Jeder, der das Kriegsverhältnis, das sich im Gesetz befindet, abstreitet oder es in den Bereich abstrakter radikaler Parolen verbannen will, verbietet sich jedes reelle Handeln für die Gerechtigkeit, das heißt heute, jedes Handeln für den Umsturz der Befriedung durch die Triade. Der „menschliche" Umbau der kapitalistischen Rahmenbedingungen ist eine Utopie, die mit Hunderttausenden von Leichen des Proletariats gepflastert ist! Die Menschlichkeit konstituiert sich in der konkreten Aktion für die Zerstörung der Rahmenbedingungen der sozialen Ungerechtigkeit, die alle Individuen und ihre Beziehungen entmenschlicht. Aber lassen wir es bei dieser Beweisführung bewenden, denn wir leisten diesen Beitrag heute nicht, um an diese Augenscheinlichkeiten zu erinnern. Warum wiederholen wir das heute alles vor den Organisatoren und den anwesenden Militanten auf diesem internationalen Kongreß? Wir haben alle unsere Klassiker gelesen, und unsere Kampferfahrungen haben sie oft belegt. Wir wissen ganz genau, worum es sich handelt. Und wenn wir es vergessen hätten, so haben es sich die Proletarier der Metropolen in ihren jüngsten Revolten selbst zur Aufgabe gemacht, die Frage mit ihrer unzweideutigen Parole „No justice no peace" und „police partout, justice nulle part" (Polizei überall, Gerechtigkeit nirgends, d.Übers.) auf die Tagesordnung zu setzen. Aber wenn man das alles weiß und man nicht der letzte Opportunist ist, ist man sich bewußt, daß diese Frage weder aufgeschoben noch verbal in Tausenden von sterilen Streitereien studiert werden kann. Ihre Lösung ist kein Zeitvertreib für linke Humanisten und wird es niemals sein. Hat man übrigens nicht erst neulich Parlamentarier europäischer Regierungsparteien, die regelmäßig Waffen an die Türkei verkaufen, ihre Solidarität mit dem kurdischen Volk demonstrieren sehen? Sie alle haben Öcalan politisches Asyl verweigert, und jetzt unterstützen sie die internationale Piraterie, die seine Entführung in Kenia darstellt, indem sie die Regierung von Ankara anflehen, ihm einen fairen Prozeß zu machen! Durch die Schwäche der revolutionären Solidarität gelingt es denen, die direkt mit den Unterdrückern kollaborieren, die Scheinheiligkeiten ihrer humanitären Ideologien und ihrer Visionen einer immanenten Gerechtigkeit immer wieder zu legitimieren.

Die Justiz ist vor allem ein Objekt der Auseinandersetzung zwischen den Klassen, und man muß ihrer Natur, ihrer Dynamik wie auch ihren Formen immer als solchen gegenübertreten. Wenn es wahr ist, daß der Kampf gegen die Repression nicht den revolutionären Kampf des Proletariats um die Macht ersetzen kann, so ist er doch untrennbar grundlegend damit verbunden, gleichgültig auf welchem Weg man das Knäuel aufdröseln will. Jeder Kampf für Gerechtigkeit bringt uns heute auf den Kampf gegen den transnationalen monopolistischen Kapitalismus zurück. Und bei jedem Schritt auf diesem Terrain wird uns das höchste Niveau der laufenden Konfrontation bewußt.





Die Revolten gegen blutige Repressionen, die Gegenschläge auf Verhaftungen von Genossen (wie die von Öcalan gestern), der Kampf für die Befreiung der politischen Gefangenen, aber auch die Aktionen wie die der „Mütter der plaza de mayo", die Mütter der Türkei und die Mütterversammlungen freitags im Libanon beleuchten hervorragend die Grundlagen, auf denen die Verfälschungen der derzeitigen triadischen „Befriedung" aufgebaut sind ... sie stellen nicht loslösbare Momente des revolutionären Prozesses selbst dar.

Aber damit das bis zum Ende so bleibt, müssen sie als solche verstanden und akzeptiert werden. Sie verlangen die gleichen Qualitäten an Vorbereitung, Bestimmung und Organisierung wie die revolutionäre Aktion selbst. Die Befreiungskräfte des Proletariats müssen auf dem Antirepressionsterrain eine wirkliche *revolutionäre Front* schmieden.

Um diese Aufgabe wirklich auszufüllen, müssen wir aus vergangenen Erfahrungen lernen, uns an die Roten Hilfen der dreißiger Jahre erinnern, an die aktive Solidarität während der antikolonialen Befreiungskriege und an die Wiedergeburt der Roten Hilfen in Europa Ende der sechziger Jahre und an ihre Rolle nicht nur in der Unterstützung, sondern auch in der Organisierung der schlagkräftigen Antwort gegen staatliche Gewalt.

Die Klassensolidarität und die antiimperialistische Solidarität müssen auf einer stabilen Grundlage stehen können und auf eine *einheitliche Kampforganisation* zählen können, die in den täglichen Kämpfen für die Gerechtigkeit engagiert ist. Deswegen muß diese Organisation in der Kontinuität reellen Handelns präsent sein, in den Verbindungen zwischen verschiedenen Realitäten von Repression, im Kampf für politische Kommunikation, in der gemeinsamen Aktion.

Die Solidaritätsfront muß auf jede Situation von Repression Druck ausüben, die Unterdrückten müssen sich gestützt fühlen, und die erste Unterstützung ist die gemeinsame Bestimmung gegenüber den Unterdrückern. Wir wissen wohl, daß diese Aufgabe in den Ländern, in denen der Kampf am weitesten fortgeschritten ist, schon erfüllt ist. *Aber heute mit dem transnationalen monopolistischen Kapitalismus können die Begriffe von Organisierung, Einheit und Kampf nicht mehr auf die alten nationalen Räume beschränkt bleiben. Sie müssen sich transnational zusammenfügen, da die globalen Widersprüche der triadischen „Befriedung" alles überfluten und das Partielle und das Lokale dominieren. Die am weitesten fortgeschrittene lokale Erfahrung kann weder siegen noch überleben ohne den entschiedenen Wettstreit der revolutionären Kräfte, nicht nur der Erfahrungen der Nachbarn, sondern der Erfahrungen großer geopolitischer und kontinentaler Zonen. Jede Niederlage, jedes Opfer, jedes Zurückweichen auf einem besonderen antagonischen Terrain lastet auf der Gesamtheit der Front der Klasse und auf der antiimperialistischen Front insgesamt. Es ist absolut unmöglich, sich aus der transnationalen Qualität herauszuziehen, um den heutigen revolutionären Fragen zu begegnen.* Und wenn wir unsere Bemühungen vereinen, werden wir rasch feststellen, daß jede Offensive und jeder Sieg das gesamte Lager der Befreiung stärken wird.

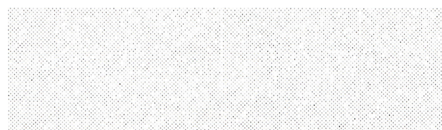
In der transnationalen Kombinierung der Organisationspraxis, der Einheit und des Kampfes wird die revolutionäre Lösung gegen die „Befriedung" der Herrschaft der Monopole und er imperialistischen Mächte Gestalt annehmen.

Als revolutionäre Gefangene mußten wir heute das Wort ergreifen, um die Initiative einer internationalen Diskussion über diese Themen zu unterstützen. Und als revolutionäre Gefangene wollen wir auch an einen wesentlichen Punkt erinnern. *Bei der Frage der politischen Gefangenschaft ist es entscheidend zu verstehen, daß es nicht in erster Linie darum geht, unser Leben zu garantieren, sondern das Leben des Kampfes, der unserer war und immer noch der unsere ist.* Die Zahl derer, die ermordet worden sind, ist groß, und wir in den Gefängnissen stehen politisch immer noch zu unserer Geschichte und unserem derzeitigen Widerstand. Wir werden niemals unsere Leben noch unsere Freiheit gegen die schale Suppe des Abschwörens und der Demütigung eintauschen. Wir lehnen es ab, die Unterdrücker respektvoll zu grüßen und so zu tun, als wäre nichts gewesen. Das Werk an Elend und Ungerechtigkeit des niedergehenden Kapitalismus ist immer noch Gegenstand der Revolte und der Vertiefung des Kampfes. Die, die versichern, daß „die Zeit der Guerilla" vorbei ist, wiegen nicht schwer gegenüber denen, die den Kampf in den Bergen Kurdistans, Perus, Indiens und Kolumbiens weiterführen ... aber auch in den Ghettos der Megapole. Unsere Erfahrung, die so hart gesammelt wurde im Laufe der Jahrzehnte, ist lebendig, und sie entwickelt sich in tausendfacher kämpfender Praxis, sie ist die Grundlage zukünftiger Offensiven und ihrer Perspektiven einer radikalen gesellschaftlichen Transformation.

Handeln für die Freiheit der Gefangenen muß in erster Linie ein Prozeß der Wiederaneignung der Erinnerung der Kämpfe sein und darüber hinaus ein Akt des Krieges gegen die Befriedung durch die Triade.

Hasta la Victoria Siempre!

Gefangene aus Action Directe
Joëlle Aubron, Nathalie Ménigon, Jean-Marc Rouillan



Aufruf zur Solidarität mit den Gefangenen aus Action Directe in Frankreich

Als Internationalistisches Komitee wenden wir uns mit diesem Aufruf an die kommunistischen, revolutionären und fortschrittlichen Organisationen und Personen in aller Welt und rufen euch zur Solidarität mit den Gefangenen aus Action Directe, Frankreich auf.

Überall auf der Welt, wo es Kämpfe um Befreiung für die Abschaffung des Kapitalismus und den Aufbau einer gerechten Gesellschaft gibt oder gegeben hat, überall, wo sich Menschen gegen die Auswirkungen der imperialistischen Unterdrückung und Ausbeutung wehren, gibt es politische Gefangene, ist die Antwort auf den legitimen Kampf Repression.

Vernichtung oder Unterwerfung ist die einfache Logik der konterrevolutionären Politik, die nicht mit dem Ende der jeweiligen Kampfzyklen endet, sie paßt sich lediglich den jeweiligen Bedingungen an.

In unterirdischen Knästen vergraben wie in Peru oder hinter einer Mauer des Schweigens wie in Frankreich; blutige Folter wie in der Türkei oder Isolationshaft und Sonderhaftbedingungen wie in vielen europäischen Ländern, Todesschwadrone wie in Lateinamerika oder Todesstrafe wie in den USA, Ausnahmezustand und Administrativhaft wie in Palästina oder Normalisierung und Entpolitisierung - die Methoden unterscheiden sich, das Ziel ist identisch.

Als gegen Anfang der 70er Jahre in den Metropolen Westeuropas und den USA bewaffnete revolutionäre Organisationen den Kampf aufnahmen und ihren Kampf um Befreiung bewußt mit den Befreiungsbewegungen und Revolutionären im Trikont stellten, war dies ein historischer Sprung auf dem langen Weg zur Befreiung. „Wie glänzend und nah wäre die Zukunft ...", hatte Che gesagt. Mit diesen Kämpfen wurde eine Tür geöffnet, die den Blick auf eine neue Phase des Internationalismus freigab. Die Kämpfe, die die Schaltstellen in den Metropolen attackierten, waren nicht nur eine Hoffnung für die unterdrückten Völker im Trikont, sondern auch ein Lichtblick für viele, die in der Leere des Metropolenalltags, eingelullt von Konsum und Reformisten aller Art, auf der suche nach einem anderen Leben waren.

Mit der Erinnerung an die Bedeutung dieser Phase geht es uns nicht um Revolutionsnostalgie, wir können auch an dieser Stelle nicht die notwendige Kritik an den Schwächen und Fehlern dieses Aufbruchs darlegen, aber angesichts der Tatsache, daß heute nicht nur die jeweiligen Regierungen, sondern auch allzu viele der ehemali-

gen Protagonisten dieses Kampfes mit aller Macht versuchen, diese Tür endgültig zuzuschlagen, erscheint es uns wichtig zu betonen, daß es hier nicht um eine abgeschlossene Episode geht, um persönliche Anekdoten.

Statt dessen wurde mit diesen Kämpfe eine Frage auf die Tagesordnung gesetzt, die heute, fast 30 Jahre nach diesem Aufbruch, nichts von ihrer Brisanz verloren hat - die Praxis eines proletarischen Internationalismus, die dem aktuellen Niveau der Globalisierung des imperialistischen Systems entspricht.

Und nur so läßt es sich auch erklären, warum die Gefangenen aus diesem Kampfzyklus, selbst wenn die Organisationen draußen schon lange zerschlagen oder marginal sind oder ihre Aufklärung erklärt haben, nach wie vor im Zentrum dieser Konfrontation stehen.

Die Gefangenen aus Action Directe sind Teil dieses internationalen Kampfzyklus gewesen. Seit 12 Jahren sind Joëlle Aubron, Nathalie Ménigon, Jean-Marc Rouillan und Georges Cipriani wegen ihrer Mitgliedschaft in der revolutionären kommunistischen Guerilla-Organisation Action Directe in Frankreich inhaftiert. Von Sondergerichten wurden sie zu lebenslanger Haft, mit 18 Jahren Mindeststrafe, verurteilt.

Die heutigen Bedingungen der Gefangenen aus Action Directe sind von dem Diktat der sogenannten Normalität bestimmt. Nach 9 Jahren Isolationshaft, davon 2 Jahre Totalisolation, geht es heute immer noch darum, ihre Existenz als politische Gefangene zu negieren, ihre politischen und sozialen Beziehungen auszutrocknen und sie in der Normalität zu ersticken. Die uneingeschränkte Fortsetzung der Haft für die Gefangenen, die in der Haft krank geworden sind, bedeutet nichts anderes als den Versuch, ihre physische und psychische Integrität vollkommen zu zerstören.

Die Behinderung der Kommunikation untereinander und mit FreundInnen und GenossInnen draußen wird unvermindert aufrechterhalten. Bis auf wenige Ausnahmen werden seit 9 Jahren neue Besuchsanträge kategorisch abgelehnt, außer den Angehörigen gibt es insgesamt kaum mehr als eine Handvoll Leute, die die Gefangenen in diesen 12 Jahren besuchen konnten.

Die Zusage, die der damalige Justizminister in Folge des 2. Hungerstreiks 1989 machte, daß die Gefangenen untereinander Besuche haben könnten, ist bis heute nicht erfüllt. Joëlle und Nathalie sind in benachbarten Zellen im Knast von Fleury-Mérogis, Jean-Marc seit 1994 in der Centrale von Lannemezan. Außer beim Hofgang können sich die beiden Frauen nicht sehen, da das DPS-Statut für sie als „besonders überwachte Gefangene" eine gleichzeitige Teilnahme an den Knastaktivitäten verhindert.

Ende 1996 erlitt Nathalie einen Schlaganfall, seitdem ist ihre linke Seite geschwächt und ihr Sehvermögen gemindert, infolge der Erkrankung leidet sie an einer Depression, und ihre physischen und psychischen Reserven sind angegriffen. Ein Antrag auf eine gemeinsame Zelle mit Joëlle wurde trotz der Dringlichkeit ihrer Situation bis heute nicht genehmigt.

Georges Cipriani leidet seit 1993 an schweren psychischen Problemen infolge der Isolationshaft, die zu seiner zwangsweisen Verlegung in eine psychiatrische Abteilung führten. Er trennte sich 1993 von dem Gefangenenkollektiv und ist seit 1994 im Knast von Ensisheim inhaftiert. Sein Zustand hat sich seitdem weiter verschlechtert.

Die politischen Gefangenen sind nicht nur die Verbindung zwischen den heutigen Kämpfen und den Vergangenen, die unterbrochen werden soll, sondern an ihnen soll auch exemplarisch die Botschaft vermittelt werden: Der Kampf ist aussichtslos, er wird tödlich oder in lebenslanger Haft, in schleichender psychischer und physischer Vernichtung enden, wir werden euch totschweigen.

Unsere ganze Solidarität gehört allen politischen Gefangenen auf der Welt, die trotz der Schwäche der revolutionären Bewegungen mit enormer Kraft und Ausdauer ihr Leben und ihre Identität verteidigen.

Ihre Stimme hörbar zu machen und für die Veränderung ihrer Bedingungen zu kämpfen, ist eine Aufgabe, um der Strategie des Staates entgegenzuwirken, die Gefangenen unsichtbar zu machen und die Erfahrungen aus den Kämpfen auszulöschen.

Heute gibt es zahlreiche Brennpunkte, überall gibt es Gefangene, die in einer besonders zugespitzten Situation sind und deren Leben unmittelbar bedroht ist oder deren Gesundheitszustand und physische Reserven so angegriffen sind, daß sie unter den Bedingungen der Haft nicht mehr gesund werden können. Die Notwendigkeit, daß sich an der Situation unmittelbar und

Wir, politische Militante und Gefangene in den imperialistischen Knästen Frankreichs, sind solidarisch mit Marilu Bella Bringas

Marilu ist Militante der nationalen baskischen Befreiungsbewegung und wurde im August 1995 in Nord-Baskenland verhaftet. Verurteilt zu 5 Jahren Haft und 5 Jahren Aufenthaltsverbot in Frankreich, endet ihre Haftzeit am 13. April 1999.

Vor dreizehn Jahren wurde Marilu 10 Tage in einem Polizeirevier des spanischen Staates gefoltert. Mehrmals am Tage wurde sie der „Tortur der Badewanne" ausgesetzt, sie wurde geschlagen und psychologisch gefoltert. Noch heute leidet sie an den Folgeerscheinungen. Aus diesem Grund ist Marilu nach Frankreich, dem vermeintlichen „Land der Menschenrechte", geflüchtet.

Heute riskiert Marilu, ausgewiesen zu werden, obwohl sich die Ausweisungskommission gegen ihre Ausweisung ausgesprochen hat. Wir wissen sehr wohl, daß die Entscheidung dieser Kommission nur konsultiven Charakter hat.

Schon am 30. Januar wurde Josu Etxebarri Elordi von der französischen Polizei an die Grenze begleitet, wo er der Guardia Civile ausgeliefert wurde.

Nach seiner Auslieferung vor einem Jahr wurde Josu Arkauz Aravana der Folter mit dem „Sack" (ein Plastiksack wird über den Kopf des Opfers gezogen, um ihm die Luft zu nehmen) unterworfen, er wurde mehrere Stunden geschlagen. Dies alles geschah nach einem 35tägigen Hungerstreik und einem dreitägigen Durststreik, um gegen die voraussichtliche Auslieferung an seine Folterer zu protestieren.

Tatsächlich weist der französische Staat seit 1987 in Mißachtung der elementarsten Menschenrechte systematisch fast alle baskischen Militanten aus. Er liefert sie so in die Hände der Guardia Civile, deren Folterpraktiken regelmäßig von den internationalen humanitären Organisationen denunziert werden, so der Menschenrechtskommission der UNO und Amnesty International.

Wie die Mehrzahl der europäischen Länder respektiert auch Frankreich das Asylrecht nicht mehr. In den sogenannten demokratischen Staaten sehen sich die Asylsuchenden immer willkürlicheren, auf schlampigen Ermittlungen fußenden Entscheidungen ausgesetzt. Inzwischen ist es fast soweit, daß, um den Status des politischen Flüchtlings zu erhalten, die Folterer selbst ihre „Praktiken" attestieren müßten. Es ist genau diese Logik, die es Frankreich erlaubt, gegen Personen, denen in ihrem Heimatland die Folter, der Tod drohen, ein Aufenthaltsverbot zu verhängen.

In voller Kenntnis dieses Sachverhaltes setzt der französische Staat Marilu Bella Bringas dieser Gefahr aus. Nichts kann ihre Auslieferung und damit eine mögliche Folter rechtfertigen.

Solidarisch mit Marilu Bella Bringas rufen wir euch auf, unsere Stimmen der ihren anzuschließen.

Wir rufen auf, in diesem Sinne an Me. Chevènement, dem derzeitigen Innenminister, zu schreiben.

Marilu muß das Gefängnis von Fleury-Merogis, wo sie zur Zeit sitzt, frei verlassen können.

Ihr muß eine bestimmte Frist gegeben werden, um sich in ein Land ihrer Wahl begeben zu können.

Die politischen Gefangenen in Fleury-Merogis:
Joëlle Aubron, Christel Fröhlich, Bakal Hacer, Stella Cacrimini, Fabienne Maestraci, Natahlie Ménigon

schnell was ändern muß, liegt auf der Hand.

Das Problem besteht nicht darin, daß es die Alternative gibt, schnelle unmittelbare Lösungen oder weit entfernte Revolution, sondern darin, daß es ohne die Entwicklung und Wiederaneignung einer revolutionären Perspektive keine Lösung gibt. Wenn die Freilassung aller politischen Gefangenen nicht als Teil einer Befriedung verstanden ist, ist sie untrennbar mit der Frage der Entwicklung revolutionärer Politik und der Veränderung des Kräfteverhältnisses verbunden.

In ihrer Unterstützungserklärung für den internationalen Kongreß in Berlin Anfang 1999 sagen die Gefangenen aus Action Directe: „Bei der Frage der politischen Gefangenenschaft ist es entscheidend zu verstehen, daß es nicht in erster Linie um unser Leben geht, das garantiert werden muß, sondern um das Leben des Kampfes, der unserer war und immer noch der unsere ist."

Internationale Kampagnen für die Freilassung einzelner Gefangener und zu bestimmten Ländern können diese Fragen allein nicht beantworten, aber sie sind elementare Momente der internationalen Solidarität und des Kampfes gegen das konterrevolutionäre Projekt. In ihnen werden die Notwendigkeit und die Möglichkeiten eines gemeinsamen Kampfes praktisch, und sie können wichtige Erfolge erreichen, wie z.B. die bisherige Verhinderung der Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal, die Freilassung von Irmgard Möller, Souha Béchana und Mohamad Rafah n'rat. Sie können zu Momenten des Prozesses der Wiederaneignung der Geschichte der Kämpfe und ihrer heutigen Entwicklung werden.

Wir rufen euch auf, die Forderungen der Gefangenen aus Action Directe zu unterstützen und als einen konkreten Ausdruck eurer Solidarität Grußadressen an die Gefangenen zu schicken.

Für die bedingungslose Freilassung aller haftunfähigen Gefangenen!
Für das Recht auf ein politisches Leben!

Adressen der Gefangenen

Joëlle Aubron, MAF 31504 u, 9 av. De Peupliers, 91700 Fleury Mérogis

Nathalie Ménigon, MAF 32091 g, 9 av. De Peupliers, 91700 Fleury Mérogis

Jean-Marc Rouillan, 969 B204, BP 166, Rue des Saligues, 65300 Lannemezan

Georges Cipriani, Maison Centrale, 49 rue de la 1ère Armée, 68190 Eensisheim

Weitere Infos und Texte der Gefangenen: Internationalistisches Komitee, Alte Feuerwache, Landwehrplatz 2, 66111 Saarbrücken

Der 44. Tag des Hungerstreiks in den Kerkern des türkischen Staates:

Hunderte von hungerstreikenden politischen Häftlingen an der Todesgrenze

Unbemerkt von der internationalen Öffentlichkeit, die wie gebannt auf den Krieg im Kosovo blickt, bahnt sich gegenwärtig in den Gefängnissen der Türkei sowie in Kurdistan eine weitere Tragödie an.

Am 16. Februar 1999, dem Tag nach der Verschleppung des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan, begannen in den türkischen Gefängnissen in der Türkei und Kurdistan Tausende von politischen Gefangenen Hungerstreiks. Ihre Forderungen: Eine menschengerechte einwandfreie Behandlung von Herrn Öcalan, einschließlich der Zulassung internationaler Ärzte zur Beobachtung seines Gesundheitszustandes und Internationaler Beobachtung des bevorstehenden Gerichtsverfahrens.

Gefangener gestorben

Am 45. Tag des Hungerstreiks, am 27.3. 1999, ist im Gefängnis von Gaziantep der erste Gefangene gestorben. Es ist Cetin Günes von der Organisation TDP (Partei der Revolution in der Türkei). Diese Nachricht wird von den deutschen Medien verschwiegen, genauso wie der Hungerstreik.

Die Zahl derjenigen, die sich den Hungerstreiks angeschlossen haben, stieg in den vergangenen Wochen laufend an, so daß eine Zahl der Beteiligten inzwischen bei 10.000 liegen dürfte. Beteiligt sind neben den PKK-Gefangenen diejenigen anderer Organisationen wie PKV, TKPML, MLKP, DHP, HP und weiteren. Auch die ehemaligen DEP-Abgeordneten Leyla Zana, Hatip Dicle, Orhan Dogan und Selim Sadak befinden sich im Hungerstreik.

Die Nachrichten aus den Gefängnissen sind nur lückenhaft; aus den meisten großen Städten in Kurdistan: Diyarbakir, Batman, Urfa, Mardin, Van etc. gibt es überhaupt keine genaueren Angaben. Viele Hungerstreikenden wurden seit Beginn der Aktionen in andere Gefängnisse oder in Einzelzellen verlegt, so dass es ebenfalls keinerlei Nachrichten über ihren Zustand mehr gibt. Es ist zu befürchten, dass es - ähnlich wie 1996 - unter den Gefangenen zu vielen Todesfällen kommen wird.

Hier ein Überblick über die Aktionen in Gefängnissen, über die der IHD oder TAYDER (Unterstützerverein für die Angehörigen von Gefangenen) Einzelheiten erfahren konnten:

Sivas: 112 Frauen (Todesfasten); Bayrampaþa: 4 Gefg. (Todesfasten), außerdem 28 in unbefristetem Hungerstreik; Burdur: 20 (unbefristet); Amasya: 32 (unbefristet); Ordu: 4 (Todesfasten); Siirt: 12 (Todesfasten); Ceyhan: 20 (unbefristet); Muþ: 8 (Todesfasten); Antep: 15 (Todesfasten); Cankiri: 10 (unbefristet); Nazilli: 20 (unbefristet). Allein in diesen 11 Gefängnissen befinden sich 155 Personen im Todesfasten und 130 in einem unbefristeten Hungerstreik; viele ihrer Namen sind bekannt. (Darüber hinaus gibt es Tausende weiterer Gefangene, die sich in „rotierenden" Hungerstreiks in 3- bzw. 6-tägigem Rhythmus befinden.)

Eine große Zahl dieser und weiterer Hungerstreikender sind bereits seit dem 16.02 im Hungerstreik. Der heutige Tag ist bereits der 44. der Aktionen; 46 der PKK-Gefangenen, die von Anfang an dabei sind, befinden sich nach Angaben von TAYDER in sehr schlechtem Zustand oder in akuter Lebensgefahr. Obwohl dies von der Angehörigenhilfsorganisation dem türkischen Justizministerium mitgeteilt wurde, hat sich bisher niemand darum gekümmert.

Wir fordern PolitikerInnen, VertreterInnen humanitärer Organisationen und die Presse auf, bei der türkischen Regierung (vor allem beim Justiz- und Innenministerium) zu intervenieren, sofort Wege zur Rettung der Gefährdeten zu suchen und Zugang von neutralen Ärzten zu den beteiligten Gefangenen zu verlangen.

Für weitere Nachfragen hier die Telefonnummer von TAYDER: 0090-312-419 80 23

YEK-KOM Bochum, 31.03.1999

(Bild: Hochsicherheitsknast Bayrampasa)



Der Menschenrechtsverein (IHD) Human Rights Association

Heute erleben wir in etlichen Regionen der Welt viele bewaffnete Auseinandersetzungen, die ökonomische oder ethnische Hintergründe haben. Neben dem Problem, ob während dieser Konflikte und Kriege Menschenrechte beachtet werden, bilden die Lebensbedingungen von zehntausenden politischen Gefangenen, unabhängig davon, ob sie an diesen Konflikt direkt beteiligt sind, einen wichtigen Interessenbereich des IHD.

Heute gibt es in der Türkei über zehntausend politische Gefangene. Außerdem befinden sich über hundert Intellektuelle, Politiker, Journalisten und Menschenrechtler wegen Meinungsäußerung in den Gefängnissen. Die Zahl der Menschen, die sich wegen ihrer Meinungen und Aktivitäten in den Gefängnissen befinden, erhöht sich Tag für Tag.

Ich halte es für dringend notwendig, daß auf der Konferenz eine Auswertung der Lage der politischen Gefangenen, des Charakters des Regimes in bezug auf die Menschenrechte, der Situation der wegen ihrer Meinungen verurteilten Menschen sowie eine Diskussion über die Chancen und Möglichkeiten einer Solidarität und die diesbezüglichen Perspektiven stattfindet. Deshalb möchte ich den Veranstaltern der Konferenz und den Vertretern der Organisationen meinen Dank aussprechen.

Vor allem möchte ich darauf hinweisen, daß der Menschenrechtsverein der Auffassung ist, daß die Menschenrechte universell und unteilbar sind.

Die Menschenrechte sind universell. Jedes Individuum, ungeachtet seiner Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Religion, Sprache, politischen u. a. Meinung, Staatsangehörigkeit oder seiner Herkunft, Besitzverhältnisses oder anderen Status, darf, unabhängig davon, in welchem politischen System es lebt, diese Rechte und Freiheiten genießen. Aus diesem Grunde betrachten wir die Frage der Menschenrechte als eine universelle Frage.

Zum zweiten möchte ich die Unteilbarkeit der Menschenrechte aufzeigen. Der IHD verteidigt die Ansicht, daß die individuellen und politischen Rechte mit den ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Rechten ein unteilbares Ganzes bilden. Alle diese einzelnen Rechte und Freiheiten stehen miteinander in Beziehung. Kein Recht darf dem anderen vorgezogen werden.

Heute gibt es in der Welt einen allgemeingültigen Vertrag, auf den sich 184 Staaten stützen. Es herrscht heute an 55 Orten der Welt in unterschiedlichen Formen Krieg. Einer der Gründe für diesen Konflikt und Krieg ist, daß die rechtlichen, politischen Strukturen dieser Staaten den Willen des Volkes, d. h. diesen Vertrag nicht widerspiegeln.

Die Türkei ist einer der 55 Orte, an denen Konflikte und Kriege stattfinden. In der Türkei sind zwar Parlament, politische Parteien usw. vorhanden, welche die Organe eines demokratischen Regimes bilden, doch ignorieren diese genannten Organe in der Türkei die Rechte eines Teils des Volkes und verteidigen den Staat gegenüber seinem eigenen Volk. Die Legitimität des Regimes beruht auf einer autoritären und hohlen Struktur, nämlich auf dem Verständnis vom „Heiligen Staat".

Das erste Kriterium dafür, ob ein Staat demokratisch ist und sich auf die Menschenrechte stützt, ist die rechtliche und politische Struktur dieses Landes. Die die rechtliche und politische Struktur der Türkei bestimmende Verfassung von 1982 ist undemokratisch. Wenn die rechtliche, politische Struktur antidemokratisch ist, ist es nicht verwunderlich, daß man die Menschenrechtsverletzungen in allen Bereichen des Lebens beobachtet und vom undemokratischen Funktionieren der Staatsgewalt spricht. Auch wenn es in der Türkei ein Parlament gibt und in bestimmten Zeitabständen Wahlen stattfinden, können die Regierungen trotzdem keine tatsächliche Macht erlangen. Heute wird die Regierung der Türkei vom Nationalen Sicherheitsrat (MGK) bestimmt, was in einer demokratischen Ordnung nicht der Fall sein darf.

Als Menschenrechtler möchten wir an dieser Stelle den antidemokratischen Charakter der Verfassung und des Rechts der Türkei deutlich machen. Heute bildet die kurdische Frage den wichtigsten Punkt des Demokratisierungsprozesses und der Menschenrechte. Die Entstehung und Entwicklung der kurdischen Frage ist ein Produkt der Ablehnung der Rechte und der Leugnung der Identität des kurdischen Volkes seitens des türkischen Staates. Diese Herangehensweise des Staates hat die bewaffnete Auseinandersetzung und systematische Verletzung der Menschenrechte mit sich gebracht. Das kurdische Gebiet wird vor allem seit der Gründung der Republik durch die Gesetze „Takiri-Sükun" (Gesetz für Sicherung der öffentlichen Ruhe), „Tunceli", „OHAL" (Ausnahmezustandsgesetz) regiert. Die den Völker- und internationalen Menschenrechten widersprechende Vorgehensweise der Türkei in der kurdischen Frage verursachte die bewaffneten Auseinandersetzungen, wodurch die Lage noch mehr verschlechtert wurde.

Die Lösung der kurdischen Frage wird vom IHD als Sache des Völkerrechts, des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, der Menschenrechte und der Demokratie betrachtet. Die kurdische Frage ist im Kontext der Türkei eine nicht auf irgendwelche Rechtskategorien reduzierbare schwierige Frage. Die Vorgehensweise des Staates in der Kurdenfrage verursacht auch Menschenrechtsverletzungen in anderen Bereichen der Gesellschaft. Das von Kurden besiedelte Gebiet wird seit 1978 durch die Anwendung des Ausnahmezustandsgesetzes regiert. Heute ist das Ausnahmezustandsgesetz in acht Städten in Kraft.

– In dem kurdischen Gebiet wird seit 17 Jahren ununterbrochen Krieg geführt (trotz der dreimaligen einseitigen Waffenstillstandserklärung seitens der Guerilla). Bei den Auseinandersetzungen in diesem Krieg haben 30 000 Menschen ihr Leben verloren.

– Insgesamt 3968 Wohngebiete wurden durch Sicherheitskräfte zerstört bzw. evakuiert.

– Mehr als 3,5 Millionen Kurden wurden zwangsumgesiedelt.

– Ca. 60 000 kurdische Dorfbewohner, die hauptsächlich Viehzucht oder Landwirtschaft betrieben ,wurden unter dem Namen „Dorfschützer" zwangsweise in eine Kriegspartei umgewandelt.

– Die über 20 Millionen zählenden Kurden wurden durch das türkische Verfassungs- und Rechtssystem ausgegrenzt.

– Es gibt bereits dreizehn Gesetze, die die kurdische Sprache und Kultur verbieten. Diese Gesetze sind auch gleichzeitig die Gesetze, welche die Meinungsfreiheit beschränken. Aufgrund dieser Gesetze werden Kurden gezwungen, ihren Kindern keine kurdische Namen zu geben. Die kurdischen Namen für Städte, Dörfer, Berge, Ebenen usw. dürfen nicht verwendet werden, diejenigen, die kurdische Namen hatten, wurden durch türkische ersetzt. Dadurch wird auch die Entwicklung der kurdischen Sprache und Literatur verhindert und verboten.

– Kurdische Kinder haben keine Möglichkeit, in ihrer Muttersprache erzogen zu werden.

– Diese o. g. Gesetze sind: das Gesetz für politische Parteien Nr. 2820, das Gesetz für Ver-

eine und Stiftungen Nr. 2908, das Gesetz für Volkszählung Nr. 1587, das Gesetz für Städteverwaltung Nr. 5442, das Gesetz für Ausbildung und Erziehung in fremden Sprachen Nr. 2823, das Gesetz für Terrorismusbekämpfung Nr. 3713, das Gesetz für die Presse Nr. 5680, das Gesetz für Kino-, Video- und Musikproduktion Nr. 3257, das Gesetz für die Aufgaben und Pflichten der Polizei Nr. 2559, das Gesetz für Fernsehen Nr. 3974 und das Gesetz für das Ausnahmezustandsgebiet Nr. 2935.

Die §§ 9 und 11 des Ausnahmezustandsgesetzes beschneiden die fundamentalen Rechte und Freiheiten in allen Bereichen des Lebens: Sie ermöglichen, Recht zu beschneiden und das Gouvernement des Ausnahmezustandsgebietes mit den Befugnissen auszustatten, welche es vor verfassungsrechtlicher Strafverfolgung schützt.

Nicht nur bei den bewaffneten Auseinandersetzungen im kurdischen Gebiet wird die Genfer Konvention für Kriege nicht beachtet, ebenso wurde besonders in letzter Zeit den ausländischen Delegationen der Zugang in das Ausnahmezustandsgebiet durch dessen Gouverneur verboten. Die zivilen Organisationen, aber vor allem wir Menschenrechtsorganisationen, werden durch Verbote und physische Angriffe daran gehindert, die in dem Gebiet begangenen Menschenrechtsverletzungen zu beobachten und zu bezeugen. Uns wird öfter berichtet, daß die Sicherheitskräfte chemische Waffen einsetzen und daß die bei den Gefechten gefaßten Guerillas auf der Stelle exekutiert werden. In einem Bericht in unserer Sektion in Istanbul vom 13. März 1999 wurde darauf hingewiesen, daß in der Provinz Batman 17 Menschen (darunter zwei Kinder) mit der Behauptung, es handele sich um PKKler, durch chemische Waffen ermordet und ihre Leichname verbrannt wurden.

Das Verhalten von Kriegsparteien ist in Art. 3 der internationalen Menschenrechtserklärung, Art. 6 des Abkommens über individuelle und politische Rechte der UNO und Art. 2 des AhiS bestimmt. Die Todesstrafe in der Türkei ist insgesamt in vier verschiedenen Gesetzen und 35 Paragraphen festgeschrieben. Dies sind das türkische Strafgesetz, das Militärstrafgesetz, das Gesetz für die Bekämpfung des Schmuggels und das Gesetz für Försterei, Der Menschenrechtsverein spricht sich gegen die gesetzliche Festschreibung der Todesstrafe und deren Umsetzung in die Praxis aus. Wir sind nicht nur gegen die Todesstrafe in der Türkei, sondern auch gegen die in Ländern wie Baskenland, den USA, China, Saudi-Arabien - also in insgesamt 97 Ländern der Welt. Zur Zeit warten in der Türkei 38 politische Gefangene auf den Vollzug ihrer Todesstrafe.

Wir müssen eine gemeinsame Kampagne gegen die Todesstrafe starten sowie an die Türkei appellieren und sie dazu bewegen, das 6. Zusatzprotokoll des AHiS zu unterschreiben. Die Todesstrafe muß - unabhängig von Krieges- oder Friedenssituation - abgeschafft werden. Obwohl das Verbot der Todesstrafe in Art. 5 der internationalen Menschenrechtserklärung, in Art. 7 des KSHS der UNO, in Art. 3 des AHiS verankert und auch im türkischen Verfassungs- und Rechtssystem vorhanden ist, wird aber die Todesstrafe in der Türkei weit verbreitet und systematisch angewandt. Auch wenn verschiedene internationale Abkommen gegen die Todesstrafe seitens der Türkei unterzeichnet worden sind, zeigt sie mit dem Vorwand, daß dies die Arbeitsmoral der Sicherheitskräfte beeinträchtigen würde, kein wirkungsvolles und entscheidendes Engagement.

Die Häftlinge, vor allem die politischen Häftlinge, sind in der Untersuchungshaft und in den Gefängnissen der Folter als einer Verhör- und Rachemethode ausgesetzt. Obwohl die Türkei das KSHS-Abkommen der UNO unterzeichnet hat, wurde im türkischen Recht die Folter nicht definiert. Auch die Anzeigen von Folter bewirken nichts. Die Folterer werden entweder nicht verurteilt oder freigesprochen. In den Gerichtsprozessen werden die Berichte des IHD, der Stiftung für Menschenrechte der Türkei und der Union der Mediziner der Türkei nicht berücksichtigt.

Es ist unmöglich, in der Türkei und besonders in den kurdischen Gebieten von individueller Freiheit und Sicherheit zu sprechen. Es gibt vielerlei Gesetze, die willkürliche Verhaftungen und Festnahmen seitens der staatlichen Organe ermöglichen. Bis vor kurzem durften die Menschen 30 Tage in Untersuchungshaft gehalten werden. Heute beträgt diese Frist zwischen 7 und 10 Tage. Ausgehend vom Art. 5/3 des AHiS ist der IHD gegen die Institution der Untersuchungshaft. Die Tatsache, daß das bisherige Verschwindenlassen während der Untersuchungshaft entweder in den Polizei- oder Gendarmeriestationen vollzogen wurde, zeigt die Gefährlichkeit der Untersuchungshaft.

Seit der Entführung Abdullah Öcalans sind bis heute in der gesamten Türkei Zehntausende von Menschen verhaftet worden. Nach der Entführung Abdullah Öcalans, die in bezug auf die kurdische Frage weltweit Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat, ist ein Zuwachs der Menschenrechtsverletzungen zu vermerken. Hinsichtlich des rechtlichen Status von Abdullah Öcalan, seines Aufenthaltortes, seiner Anwälte und der Besuchsmöglichkeiten durch seine Familienangehörigen, seines Aufenthaltsstatus und seiner rechtlichen Situation treten Gesetzeswidrigkeiten auf. Die Qualität des Gerichtes, der Umgang der Medien mit dem Prozeß und die Verlautbarungen der Regierungskreise zu diesem Prozeß zeigen, daß die Todesstrafe schon vor dem Gerichtsprozeß gefallen ist. Dieses Situation ist in vielerlei Hinsicht besorgniserregend. Nach seiner Entführung in die Türkei, im Zeitraum vom 16.-24. Februar, wurden insgesamt 3369 Personen festgenommen.



Hamburg

Kriminalisierung des kurdischen Widerstandes

(...) Am 17. Februar besetzten kurdische Jugendliche ein Stockwerk des Kurt-Schumacher-Hauses, der Parteizentrale der SPD in Hamburg. Damit haben sie sich an die Verantwortlichen hier in Hamburg gewandt.

Ziel der jugendlichen Besetzer war es, eine Stellungnahme der SPD Hamburg zu der Entführung Abdullah Öcalans zu bekommen. Erst als vor dem SPD-Gebäude die Polizei auf UnterstützerInnen einknüppelte und Wasserwerfer einsetzte, begannen die Jugendlichen, Akten und Bürogeräte aus dem Fenster zu werfen. Die Verantwortung für die Eskalation liegt also eindeutig bei der Polizei. (...)

Der Widerstand der KurdInnen gegen die Entführung Abdullah Öcalans wird in die Geschichte der Medien als „Kurdenkrawalle" eingehen. Auf einmal waren „die Kurden" Thema Nummer eines in denselben Medien, die jahrelang Dialogbemühungen, friedliche Demonstrationen und Kulturfeste weitgehend ignoriert hatten. Das berechtigte Anliegen der Kurdinnen und Kurden wurde diffamiert: Kein Wort über den Grund der Besetzung oder die Forderung der KurdInnen wurde laut.

Gegen abend wurde einem Teil der Besetzer, nach zähen Verhandlungen mit der Polizei, freier Abzug gewährt. Fünf Jugendliche, die an der Besetzungsaktion beteiligt waren, und vier Erwachsene, die sich im Gebäude aufhielten, wurden in Haft genommen. Inzwischen wurde ein Teil wieder entlassen, zwei der Erwachsenen sind jedoch nach wie vor im Knast. Es wurden Ermittlungsverfahren wegen „schweren Landfriedensbruchs, Geiselnahme, Verstoß gegen das Vereinsgesetz, Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch" eingeleitet.

Die Polizei begann mit einer Serie von Razzien bei KurdInnen, die angeblich an der Aktion beteiligt waren. Einige Jugendliche wurden daraufhin verhaftet. Bei Demonstrationen in den folgenden Wochen filmten Polizeikräfte Personen ab, um sie später drangsalieren zu können. Besonders eklatant war dieses Vorgehen nach der Newrozdemonstration am 22.3.99. Nachdem die DemonstrantInnen die Abschlußkundgebung am Sternschanzenpark verlassen hatten, wurde einzelne von Polizeikräften gezwungen, ihre Personalien vorzuzeigen. Begründet wurde dieses Vorgehen damit, sie hätten mit „den Kurdenkrawallen am 16.2." zu tun.

KurdInnen, die in diesem Zusammenhang festgenommen werden, drohen hohe Haftstrafen oder Abschiebung in Folter und Tod. Viele KurdInnen sind von dem Polizeiterror in der Türkei traumatisiert. Vor diesem Hintergrund müssen Verzweiflungstaten wie die des Jugendlichen gesehen werden, der nach er Newrozdemo in einem vollbesetzten Bus von der Polizei gestellt wurde. Der Jugendliche hatte laut Presseberichten „eine Geisel genommen, um sich der Verhaftung zu entziehen". In der „Welt" vom 23.3.99 wird er als „PKK-Aktivist" bzw. „gewaltbereites Mitglied der PKK" bezeichnet. Solche Behauptungen sollen die PKK weiter kriminalisieren und vorgaukeln, sie würde solche Taten gutheißen oder gar befehlen. Schon in der Spätnachrichtensendung kurz nach seiner Festnahme wurden Bilder des Jugendlichen im Fernsehen gezeigt, die ihn angeblich bei der SPD-Besetzung und bei der Newroz-Demonstration zeigen. Das beweist, daß diese gemeinsame Hetzaktion von Presse und Polizei vorbereitet war, um wieder mal einen „durchgeknallten" und „gewaltbereiten" Kurden zu präsentieren. (...)

Kurdinnen und Kurden sollen in der BRD soweit eingeschüchtert werden, daß sie für ihre legitimen Rechte nicht mehr auf die Straße gehen. Der kurdische Sender Med-TV darf nicht mehr senden. Der Hamburger Innensenator Wrocklage war der erste deutsche Politiker, der diese Forderung erhob. „Hamburgs Innensenator fordert Verbot von Hetz-Sender" (Hamburger Abendblatt vom 26.2.99). Der Artikel bezieht sich auf eine Pressemitteilung der Innenbehörde vom 25.2.99, in der Wrocklage in bezug auf Med-TV von einem „Propaganda-Sender" spricht und erklärt, was er eigentlich erreichen will: „Die deutschen Innenminister und -senatoren (werden) die Partei (die PKK, Anm. Verf.) und ihre Strukturen mit aller Konsequenz bekämpfen." Auch die Tageszeitung Özgür Politika und die kurdische Nachrichtenagentur DEM sind von Schließung bedroht. (...)

Die Gefangenen, die bei den bundesweiten Aktionen festgenommen wurden, müssen freigelassen werden, alle Verfahren müssen eingestellt werden. Der Terror geht nicht von den KurdInnen aus, sondern von den Handlangern des türkischen Folterstaates.

Wir rufen dazu auf, Stellung zu beziehen, die Kriminalisierung des kurdischen Widerstandes nicht länger zu ignorieren und sich dafür einzusetzen, daß die Hetze und Diffamierung gegen die Kurdinnen und Kurden aufhört. Wer schweigt, macht mit.

Kurdistan Soldiarität Hamburg, 29.3., gekürzt



Gegen das Verschwindenlassen

Die Entstehung des ICAD

Der organisierte Widerstand gegen das Verschwindenlassen geht zurück bis zur Kampagne, die sich gegen das Verschwindenlassen von Hasan Ocak richtete. Hasan Ocak wurde am 21. März 1995 in Istanbul entführt. Die Familie und seine politischen Freunde führten eine 55tägige Kampagne unter dem Motto: „Ihr habt ihn lebend genommen, gebt ihn lebend wieder zurück". Mit Besetzungsaktionen, Demonstrationen und Hungerstreiks wurde eine breite Öffentlichkeit mobilisiert.

Nachdem Hasan Ocak am 17. Mai 1995 ermordet aufgefunden wurde, sollte der Kampf gegen das Verschwindenlassen dauerhaft geführt werden. Die Angehörigen von Hasan Ocak und anderen Verschwundenen haben am 27. Mai 1995 mit einer wöchentlichen Sitzaktion vor dem Galatsaray-Gymnasium in Istanbul begonnen. Sie sind inzwischen international als „Samstagsmütter" bekannt.

Ein Jahr danach organisierte sich eine große Bewegung und führte den „1. Internationalen Kongreß gegen das Verschwindenlassen von Oppositionellen durch staatliche oder staatlich unterstützte Organe" durch. An dem Kongreß nahmen 32 Delegierte verschiedener Menschenrechtsorganisationen und Vereine aus Chile, Kolumbien, Uruguay, Philippinen, Sri Lanka, Zaire (Republik Kongo), Irak, Palästina, Türkei, Kurdistan, England, Frankreich, Deutschland und über 200 GewerkschafterInnen, Intellektuelle, MenschenrechtlerInnen sowie Angehörige von Verschwundenen teil.

ICAD ist dabei, ein weltweites Netz von engagierten Menschen und kritischen Organisationen gegen Verschwindenlassen, Unterdrückung und Ausbeutung aufzubauen. Inzwischen gibt es ICAD-Sektionsbüros in den Philippinen, Schweiz, England, Frankreich, Niederlande, Türkei und Deutschland. ICAD hält es für dringend erforderlich, daß sich die Menschen weltweit zusammenschließen, um gegen die menschenverachtende Wirtschaftspolitik mit ihren zahllosen Menschenrechtsverletzungen Widerstand zu leisten. ICAD will Gegenöffentlichkeit herstellen. Hierzu wird ICAD Kongresse in einem Land, in dem das Verschwindenlassen praktiziert wird, zusammen mit örtlichen kritischen Nichtregierungsorganisationen durchführen. Der Gründungskongreß von ICAD fand 1996 in Istanbul (Türkei), der 2. Kongreß 1997 in Bogotá (Kolumbien) statt. Vom 14. bis 21. Mai

1999 werden sich Angehörige von Verschwundenen, Delegierte und interessierte Menschen unter dem Motto „Verschwindenlassen und andere Formen von Menschenrechtsverletzungen: die Verschlechterungen durch Globalisierung“ in Manila (Philippinen) treffen. ICAD will jedoch nicht nur „Opferhilfe“ leisten, sondern auch die Ursachen, Hintergründe und Methoden der Unterdrückung öffentlich machen, um die Ächtung der verantwortlichen Staaten und Konzerne durchzusetzen und der betroffenen Bevölkerung Gehör und Gerechtigkeit zu verschaffen.

Was bedeutet Verschwindenlassen?

Verschwindenlassen ist eine besondere Form der politischen Unterdrückung durch staatliche Gewalt. Staatliche, staatlich unterstützte oder geduldete Organe wenden das „Verschwindenlassen“ methodisch an. Menschen, die ihre Meinung gegen die jeweils herrschende Politik zum Ausdruck bringen, werden entführt. Sie verschwinden. Offizielle Stellen wissen angeblich nichts von ihrem Verbleib. Nur wenige der „Verschwundengelassenen“ werden tot aufgefunden. Die meisten bleiben verschwunden. Für die Angehörigen oder Freunde heißt dies, die Leiche des Vermißten nicht betrauern zu können. Somit zielt das Verschwindenlassen auch immer auf die Angehörigen und politischen Freunde. Sie sollen geängstigt und damit politisches Engagement unterbunden werden. Solange es keine Gewißheit über das Schicksal des Verschwundenen gibt, werden die Angehörigen sich hüten, die Verantwortlichen öffentlich zu benennen.

„Verschwindenlassen“ bedeutet ebenfalls, daß die Täter ungestraft entkommen. Sie handeln in einem rechtsfreien Raum und werden von Staaten, Konzernen und der internationalen Öffentlichkeit gedeckt, sei es durch Uznterstützung, Duldung oder Ignoranz.

Das „Verschwindenlassen“ ist ein internationales Problem. Berichte aus verschiedenen Ländern belegen, daß das Verschwindenlassen von System- und Regimekritikern durch staatliche Organe bzw. staatlich geduldete oder unterstützte Organisationen bis heute methodisch angewandt wird.

Argentinien
In Argentinien ließ die Militärjunta in den Jahren 1976 bis 1983 ca. 30.000 Menschen verschwinden. Bis auf wenige Ausnahmen blieben die Verantwortlichen unbehelligt bzw. wurden aufgrund von „Befehlsnotstand“ freigesprochen. Der mit internationalem Haftbefehl gesuchte Militär Alfredo Astiz räumte in einem Interview das Verschwindenlassen von 10.000 Menschen ein. Statt ihn anzuklagen, wurde er 1997 in den Ruhestand versetzt.

Kolumbien
Der kolumbianische Staat hat die Gewalt immer als ein systematisches, rationelles und kalkuliertes Instrument benützt, um Macht auszuüben. Eine abweichende Meinung zu haben, kann das Exil bedeuten. Seine Rechte einzufordern, kann Folter nach sich ziehen. Oppositioneller zu sein, kann zum Verschwindenlassen führen, und zu protestieren, kann den Tod zur Folge haben. Menschenrechtsverletzungen sind nahezu nicht mehr zu zählen. Während des 2. ICAD-Kongresses in Kolumbien wurde bekannt, daß in den letzten zehn Jahren 250.000 Menschen ermordet und 1.000.000 zwangsvertrieben wurden. Nach einem UN-Report wird jeden 2. Tag ein Menschen „verschwindengelassen“. Offiziell ist Kolumbien eine Demokratie. Tatsächlich herrschen das Militär, die Drogenmafia und die paramilitärischen Truppen.

Türkei
Laut offizieller Statistik verschwanden in den Jahren 1980 bis 1994 über 400 Menschen. Die wirkliche Zahl wird auf 2000 bis 3000 geschätzt. Die genaue Zahl ist schwer zu ermitteln, weil insbesondere in Kurdistan viele Fälle nicht bekannt werden. Immer wieder verschwinden Menschen durch Staatssicherheitsorgane (zivile oder uniformierte Polizei, Antiterroreinheiten, Konterguerillas, Geheimdienste, Militär). Sie sind auf dem Weg zur Arbeit, werden von der Polizei zu Hause abgeholt oder sind auf dem Weg zu einer politischen Veranstaltung. Es sind MenschenrechtlerInnen, GewerkschafterInnen, JournalistInnen, SozialistInnen, Oppositionelle aus allen gesellschaftlichen Gruppen, häufig kurdischer Nationalität, die seit Anfang der 90er Jahre zunehmend verschwinden.

Algerien
Amnesty International berichtet für das Jahr 1995, daß „Hunderte 1995 und in den Vorjahren von den Sicherheitskräften festgenommene Personen ... dem Verschwindenlassen zum Opfer“ fielen. Darüber hinaus waren die Sicherheitskräfte für den Tod Tausender Menschen verantwortlich, Hunderte Personen wurden extralegal hingerichtet. Zunehmend werden Menschen von den Sicherheitskräften sofort getötet, anstatt sie festzunehmen. Überdies sind Folterungen in Polizei-, Militärstationen und geheimen Haftzentren auf der Tagesordnung.

In Chile hat es allein gemäß schriftlichen Dokumenten in der Zeit von 1973 bis 1977 mindestens 7000 Verschwundene, darunter auch Bürger anderer Staaten, z.B. aus Spanien, vor den Augen der Weltöffentlichkeit gegeben. So wie in Indonesien, den Philippinen, Guatemala, Sri Lanka, Peru, Mexiko, Irak, Angola, Sudan, Marokko, Burundi und Ruanda haben noch viele andere Länder das Verschwindenlassen Tausender Menschen erlebt. In vielen Ländern haben sich die Angehörigen organisiert und sich wie „die Mütter der Plaza de Mayo“ in Argentinien und die „Samstagsmütter“ in der Türkei zu den Verschwundenen bekannt. Sie haben das Freilegen von Massengräbern erreicht und vor den Folterzentren und Präsidentenpalästen Demonstrationen gemacht.



Die „Wochen der Verschwundenen“

Auf dem 1. Internationalen Kongreß in Istanbul war die jährliche Durchführung von „Wochen der Verschwundenen“ auf der ganzen Welt beschlossen worden. Vom 17. Bis 31. Mai finden Aktionen wie Demonstrationen, Veranstaltungen, Sitzaktionen, Protestfaxe etc. in vielen Ländern statt.

ICAD sendet Delegationen in die Länder, wo Menschen verschwinden gelassen werden, um die Fälle nachzuforschen und den Betroffenen beizustehen. In solchen Ländern, z.B. der Türkei, werden auch ICAD-Büros von den Sicherheitskräften angegriffen und Mitarbeiter öfters festgenommen.

Dabei beweist es sich immer wieder, daß internationale Solidarität wichtig für die Menschen ist, die gegen ihre Unterdrückung Widerstand leisten, da sie ihnen viel Mut gibt.

ICAD braucht Solidarität

Der Kampf gegen das Verschwindenlassen kann nur erfolgreich sein, wenn sich die Öffentlichkeit mit den Verschwundenen und deren Familien und Freunden solidarisiert. Jegliche Form der Unterstützung ist willkommen. Beteiligt Euch an Aktionen, Demonstrationen und Sitzaktionen gegen das Verschwindenlassen!

Der internationale Widerstand gegen das Verschwindenlassen kostet viel Geld - Spenden sind wichtig!

Spendenkonto: HASPA, BLZ 200 505 50, Kto-Nr. 1034-219 871

Kontakt: ICAD International: Chrysanderstr. 13, 21029 Hamburg, Tel. (0 40) 72 69 78 10, Fax (0 30) 72 69 78 11

Die deutsche Regierung versucht, eine afrikanische Exilorganisation zu zerstören!

Ein führender Organisator der afrikanischen Menschenrechtsorganisation „THE VOICE - Afrika Forum“ ist von der Abschiebung nach Nigeria bedroht Das Thüringer Verwaltungsgericht Meiningen verwirft die Entscheidung des Bundesamtes, Theophilus politisches Asyl anzuerkennen.

Theophilus Emiowele Osezua wurde vom Bundesamt (BAFI) am 24. Februar 1998 als politisch verfolgt anerkannt. Der Bundesbeauftragte klagte gegen diese positive Entscheidung, wobei er willkürlich und mit Doppelstandard argumentierte, um so eindeutige Beweismittel zu manipulieren.

Von Anfang an verweigerte das Verwaltungsgericht im Verfahren, die überwältigende Beweislage, die die politischen Aktivitäten von Theophilus sowohl in Nigeria als auch in Deutschland belegen, zur Kenntnis zu nehmen. Ohne Rücksicht auf jegliche Gesetze der Gerichtsbarkeit agierte der Richter in der Rolle eines Staatsanwaltes. Bei dieser Verhandlung überwog die persönliche Sichtweise des Richters. Alle bereits vorgebrachten Beweise, die die deutsche Regierung zuvor dazu bewogen hatten, gegen die Abschiebung von Theophilus Emiowele Osezua zu entscheiden, wurden vom Richter wieder verworfen.

Mit dem Ergebnis, daß ein Jahr, nachdem das Bundesamt Theophilus als politisch verfolgt anerkannte, das Verwaltungsgericht seinen Asylantrag nun abgelehnt hat.

Dieses offensichtlich befangene Urteil gefährdet nicht nur Leben und Sicherheit eines politischen Flüchtlings, sondern stellt auch einen Angriff auf die Unabhängigkeit der deutschen Gerichtsbarkeit dar.

Es ist eine Tatsache, daß die politischen Aktivitäten von Theophilus - insbesondere in bezug auf Nigeria - während dieses einen Jahres sowohl in Tübingen als auch in Nigeria weitreichend bekannt wurden. Es ist unvorstellbar, daß seine Aktivitäten vom Verwaltungsgericht nicht registriert wurden. Nach dem Tod des Diktators Abacha organisierte „THE VOICE“ zahlreiche Konferenzen und öffentliche Veranstaltungen mit führenden Menschenrechtsaktivisten aus Nigeria und anderen Ländern. Dort wurde deutlich herausgestellt, daß das Militärregime und die mit diesem kollaborierende politische und wirtschaftliche Elite in Nigeria immer noch intakt ist und daß eine Vielzahl der Menschenrechtsverletzungen einschließlich der Todesstrafe gegen politische Oppositionelle, wie z. B. der Justizmord an Ken Saro-Wiwa, immer noch stattfinden. „THE VOICE - Afrika Forum“ organisierte zahlreiche politische Aktionen, um gegen Abschiebungen nach Nigeria und die dort immer noch praktizierte Todesstrafe vorzugehen.

Die letzten „Wahlen“ am 28.2.99 brachten mit einer Beteiligung von nur 10-15% der Bevölkerung deinen anderen „Ex“-Militärdiktator an die Macht. In seiner Amtszeit als Militrämachthaber wurde das Haus des bekannten Musikers Fela Kuti abgebrannt. Fela Kutis Mutter, die eine bekannte politische Figur war, wurde durch den Wurf durch ein Fenster getötet.

Deutsche Wirtschaftsinteressen in Nigeria und die Arbeit exilpolitischer Organisationen

Die organisierten Proteste von nigerianischen Exilorganisationen in Deutschland sind ein zentrales hindernis für die Expansion von deutschen Wirtschaftsinteressen in Nigeria. Mitten im Herzen von Deutschland erheben Exilorganisationen die Stimme der Menschenrechtsaktivisten Nigerias. Am 6. Juni 1997, auf dem Höhepunkt der Menschenrechtsverletzungen durch die Abacha-Diktatur, titelte die „Frankfurter Rundschau“ einen Artikel folgendermaßen: „Industrie will ungestört Handel mit Nigerias Junta treiben“: „Die deutsche Industrie übt Druck auf die Bundesregierung aus, um die Wirtschaftsbeziehungen mit der Militärdiktatur in Nigeria ohne Rücksicht auf Klage über Menschenrechtsverletzungen ungestört fortsetzen zu können.“

Daran beteiligt sind u. a. Firmen wie Alcatel, Kabelmetall, BASF, Julius Berger, Daimler Benz, Daimler-Benz-Aerospace, Lufthansa und das „Nigeria Business Council“.

Der Tod von Abacha ermöglichte die günstigste Gelegenheit, die Wirtschaftsinteressen ungestört weiterzuführen. Während einer Periode, die gekennzeichnet war durch mediale Verwirrung und gezielte Fehlinformationen, beeilte sich die deutsche Regierung, optimistische Aussagen über den Demokratisierungsprozeß, der angeblich in Nigeria stattfinden würde, zu treffen. Schon bevor die militärische (!) sogenannte Übergangsregierung die Staatsführung übernommen hatte, gab Deutschland mit großer Hast spezielle Flüge in Auftrag, um massenhaft Flüchtlinge nach Nigeria abzuschieben - die meisten der Menschen, die im Dezember 1998 abgeschoben wurden, wurden von den nigerianischen Behörden in Haft genommen, sobald sie in Lagos landeten. Viele von ihnen wurden gefoltert und mißhandelt.

Viele, die zuvor im Ausland gegen die Situation in Nigeria protestierten, verloren ihre Entschlossenheit, weiterhin die Realität auszudrücken - welche fundamental dieselbe ist wie in den Jahren zuvor.

In der Vergangenheit wurden die wenigen Exilorganisationen nigerianischer Flüchtlinge in vielen größeren Städten Deutschlands faktisch zerstört, indem ihre Mitglieder abgeschoben oder mit Abschiebung bedroht wurden. Darüber hinaus behindert die deutsche Asylpolitik durch die Verteilung von Asylbewerbern in verschiedenste Regionen die Organisierung der Flüchtlinge. Besonders wenn Flüchtinge voneinander isoliert in abgelegenen Unterkünften im Osten Deutschlands untergebracht wurden, erschwerte das die politische Organisation mit besonderer Härte. Trotz all dieser Schwierigkeiten gelang es der Organisation „THE VOICE - Afrika Forum“ mit großem Erfolg, die Barrieren der Fehlinformation bezüglich Nigerias zu durchbrechen und Thüringen zum Zentrum der politischen Exilopposition Nigerias zu machen. „THE VOICE“ veröffentlichte und verurteilte die Verbindungen zwischen dem Militärregime, der politischen und wirtschaftlichen Elite Nigerias, der Korruption und den Menschenrechtsverletzungen, die durch die deutschen und die internationalen Wirtschaftsinteressen untermauert werden. In diesem Zusammenhang ist es leicht zu verstehen, warum „THE VOICE“ den deutschen Interessen ein Dorn im Auge ist.

Wir fordern die sofortige Wiedereröffnung des Asylverfahrens von Theophilus Emiowele Osezua!

Wir fordern die ungehinderte Weiterführung von Theophilus Emiowele Osezuas exilpolitischen Aktivitäten zu der Situation der Menschenrechte in Nigeria!

Theophilus darf nicht aufgrund seines politischen Kampfes für einen Abschiebestop nach Nigeria abgeschoben werden.!

Wir fordern die Abschaffung der Todesstrafe in Nigeria!

Wir bitten Sie als Einzelperson oder Organisation um Ihre Unterstützung für die Kampagne. Theophilus' Anwalt wird nun beim Oberverwaltungsgericht (OVG) gegen das Urteil des Verwaltungsgerichtes in Berufung gehen, mit der Begründung, daß



Theophilus' Fall von genereller und entscheidender Bedeutung für alle Asylsuchenden aus Nigeria ist. Diese Begründung kann vom OVG anerkannt werden und Theophilus ein erneutes rechtliches Verfahren ermöglichen. Mit einer massiven Fax- und Briefkampagne wird das OVG überzeugt werden, daß Theophilus' Verfahren von genereller und entscheidender Bedeutung für alle nigerianischen Asylsuchenden ist!!! Fax des Oberverwaltungsgerichts: 0 36 43 / 20 61 00. Bitte senden Sie eine Kopie an den Internationalen Menschenrechtsverein Bremen, 04 21 / 5 57 70 94.

Bitte kontaktieren Sie uns, damit wir Sie dann darüber informieren können. Auch kann gerne jemand von der Kampagne als ReferentIn zu Ihnen kommen, falls Ihre Organisation eine Informationsveranstaltung machen möchte.

Wir sind eine Flüchtlingsorganisation - wir sind dringend auf Gelder angewiesen! Spenden sind herzlich willkommen! Wir nehmen Sie in unseren Verteiler auf, sobald Sie uns kontaktieren.

Theophilus O. Emiowele Verteidigungskampagne, THE VOICE e. V. Afrika Forum, Schillergäßchen 5, 07745 Jena, Tel.: 0 36 41 / 66 52 14 oder: 0 36 41 / 44 93 04, Fax: 0 36 41 / 42 02 70. E-mail: feithem@usa.net, Voice@humanrights.de, TheoDC@humanrights.de. http://www.humanrights.de. Spendenkonto: Stichwort „Theo DC", Konto-Nr. 1363638, BLZ 830 530 30, Sparkasse Jena

Theophilus Verteidigungs- und Unterstützungskampagne „Theo DC" von Die Karawane Gruppen:

April 1999: 16.-17.4. Mini-Karawane in Halle; 24.-25.4. zu Neoliberalismus in Frankfurt; *Ende April / Anfang Mai* Mini-Karawane voraussichtlich in Schleswig-Holstein. *Mai/Juni 1999*: 1.5. „Stop Deportation of Refugees" in Jena/Thüringen; 8.-9.5. Karawane-Kongreß in Rostock; 11.-29.5. Euromärsche in Köln; zweite Maihälfte MK in Baden-Württemberg; 15.-16.5. *oder* 22.-23.5. MK in Karlsruhe; 29.5. Anti-EU-Großdemonstration; 29.5.-2.6. Gegengipfel in Köln; 3.6. linksradikale Demonstration in Köln; 3.-6.6 Gegengipfel zum EU-Gipfel in Köln; 15.-17.6. Indische Karawane in Süddeutschland; 18.-19.6. G7-Alternativgipfel zu „Flucht und Migration" in Köln.

6 Monate Beugehaft gegen Zeugen im „AIZ-Prozeß"

Geiselnahme im OLG Düsseldorf

Am 12.4.99 verhängte der sechste Strafsenat im Prozeßbunker in der Tannenstraße, Düsseldorf, 800 Mark Zwangsgeld und 6 Monate Beugehaft gegen Frank Ament aus Berlin, da er - Zitat der Bundesanwaltschaft (BAW) - aus „politischen Gründen" jegliche Aussage verweigere. Senat und BAW bezogen sich in der Begründung auf einen Artikel aus der interim Nr. 473 vom 8.4.99, den sie Frank zurechneten. Da er außerdem während des Vernehmungsversuchs dem Senat den Rücken zuwandte, wurde er zusätzlich zu einer Woche Ordnungshaft wegen „nachhaltiger Ungebührlichkeit" verurteilt.

Frank wurde bereits am Vorabend in seiner Wohnung in Berlin festgenommen und am nächsten Morgen in Düsseldorf zwangsvorgeführt. Ihm wurde vom Vorsitzenden Richter Breidling erklärt, daß der Senat letztendlich den längeren Hebel in der Hand halte und der Vorsitzende hoffe, daß der Rechtsstaat diesen noch lange behalten würde.

Zum Ende des Verhandlungstages signalisierte der Richter den Angeklagten Bernhard Falk und Michael Steinau die Bereitschaft, die Beugehaft gegen den Zeugen aufzuheben, falls sie sich zu Aussagen „zu den Dingen, die der Zeuge weiß", entschließen würden. Es ginge schließlich um ihre Person, und sie wollten doch bestimmt nicht verantworten, daß der Zeuge wegen ihnen „so lange brummen" müsse.

Frank „verweigert aus grundsätzlichen politischen Erwägungen, die nichts mit dem konkreten Strafverfahren zu tun haben, die Aussage vor dem Staatsschutz-Senat" (Presseerklärung der Roten Hilfe vom 12.4.99). Eben dieser Staatsschutz-Senat versucht nun, über die Beugehaft gegen Frank Ament Aussagen nicht „nur" von ihm, sondern auch von den Angeklagten zu erpressen (worauf diese jedoch nicht reagierten).

Hintergrund der Vorladung ist das AIZ-Konstrukt des Verfassungsschutzes NRW, in dem Frank als Kontaktperson der Angeklagten bezeichnet wird. Sie steht im Zusammenhang mit den Ladungen des sogenannten „Aachener Umfeldes um B. Falk", die Anfang März stattgefunden haben (s. AI 218).

Der Vorsitzende Richter hat angekündigt, Frank am Dienstag, 20.4.99, erneut vorzuführen, dieses Spiel könne beliebig oft wiederholt werden.

- Weg mit Beugehaft, § 129a und Gesinnungsjustiz!
- Frank muß raus!!

Wir schließen uns der Aufforderung der Roten Hilfe an: Sendet Protestbriefe an: OLG Düsseldorf, 6. Strafsenat, Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf, Fax (02 21) 4 97 15 48. Kohle für laufende Kosten, anwaltliche Unterstützung etc. - Spenden auf das Konto: Rote Hilfe (Beugehaft), Nr. 775280107, Postbank Berlin, BLZ 100 100 10

Franks Adresse ist:
Frank Ament, z.Zt. JVA Düsseldorf, Ulmenstr. 95, 40476 Düsseldorf
Weitere Infos:
ProzeßbeobachterInnen, c/o Goethestr. 3, 52064 Aachen,
Fax (02 41) 70 84 10



Herausgeber: Angehörige und FreundInnen politischer Gefangener in der BRD, Postfach 1205, 55002 Mainz, Fax: (0 61 31) 60 42 32. Erscheint vierwöchentlich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m. b. H., Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg. V.i.S.d.P.: Christiane Schneider. **Redaktionsanschrift u. Bestellungen:** GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 HH, Tel.: (040)43 18 88 20, Fax: (040) 43 18 88 21, email: LOKALBERICHTE-HH@CL-HH.de – Einzelpreis: 3,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 27,00 DM (Förderabonnement 30,00 DM), Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei Bestellung ab 3 Stück 30 % Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 1,90 DM. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf das folgende Verlagskonto: Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Konto-Nr. 1269/122 311. Herstellung und Drucklegung: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m.b.H. **Eigentumsvorbehalt:** Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken. **Spendenkonto der Angehörigen:** Sonderkonto Kiener, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 600 501 01, Konto-Nr. 54 54 19 4. ***Redaktionsschluß für Nr.220: So, 9.5.99***